

Akademie-Report

Mitteilungen 1/1996

Böhm: „Entwickelt sich eine Volksvertretung ohne Volk?“

Über den Stellenwert der Parlamente

Von Landtagspräsident Johann Böhm

Die Abgeordneten, ihre Stellung, Aufgaben und Selbstverständnis in der parlamentarischen Demokratie wurden beim Colloquium zum Landesparlamentarismus am 16. November 1995 diskutiert. Tagungsort war das Maximilianeum in München. Dort sprach Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter über Beruf und Bild des Abgeordneten im Wandel (siehe Seite 3). Einleitende Worte kamen vom Hausherrn, Landtagspräsident Johann Böhm:

Wenn man die gegenwärtigen kritischen Stimmen zur Funktion der Abgeordneten und zum Stellenwert der Parlamente in der Öffentlichkeit bilanziert, muß man den Eindruck gewinnen, es entwickle sich eine „Volksvertretung ohne Volk“. Alarmsignale dafür gibt es. Sie äußern sich in Forderungen wie der Abschaffung von Parlamenten und ihren Abgeordneten. Klischees von „denen da oben“, die vorwiegend auf ihren eigenen Vorteil aus sind, ihr Gewissen dem Fraktionszwang unterwerfen und ihre eigenen materiellen Interessen über das allgemeine Wohl stellen, gehören zum verbreiteten Bild der Abgeordneten.

Das läßt sich empirisch belegen. Beispielsweise sei die Studie eines Meinungsforschungsinstitutes von 1988 angeführt. Damals mißtrauten 81 Prozent der Menschen in unserem Land den Politikern, von vier Jugendlichen unterstellten drei, Politiker würden grundsätzlich lügen, und 98 Prozent der Bürger hielten Politik für ein mehr oder weniger schmutziges Geschäft. In Gang gehalten wird die Spirale eines zunehmenden Ansehensverlustes der Parlamente und Abgeordneten durch deren Darstellung in den Medien. Damit will ich keineswegs Medienschelte betrei-



Landtagspräsident Johann Böhm

ben und dadurch von „hausgemachten“ Irrtümern und Schwächen ablenken - auch Abgeordnete sind keine Heiligen, sondern fehlbare Menschen, insoweit „Vertreter des Volkes“ und keine Ausnahmen. Aber es entspricht nun einmal der Eigentümlichkeit der Medien, daß für sie meistens schlechte Nachrichten die besten Nachrichten sind.

Politikverdrossenheit hat noch eine zweite Dimension, die ich nicht verschweigen will: Frustration und Unverständnis mehren sich auch bei den Abgeordneten. Das attestiert auch eine durch Umfragen unter Parlamentariern erhärtete Kernthese des Politikwissenschaftlers Werner Patzelt. Das Arbeitspensum der Abgeordneten findet nur wenig Lob in der Öffentlichkeit. Dabei kann sich die Leistung durchaus sehen lassen. Allein von

(Fortsetzung auf Seite 3)

Editorial

*Liebe Leserin!
Lieber Leser!*

Mit der Zeit zu gehen, bedeutet nicht zugleich, in ihr aufzugehen. Akademien müssen immer auch Gegenakzente setzen, die ihrer Zeit den Spiegel vorhalten. Natürlich kommt es dabei nicht so sehr auf die äußere Form an als auf die Inhalte.

Die Form ist aber manchmal wichtig, um mit Informationen und Aussagen die Zeit - oder besser - die Zeitgenossen überhaupt zu erreichen. Daher verabschieden wir uns jetzt von unseren braven „Mitteilungen“ und legen Ihnen den neuen, hoffentlich spritzigeren Akademie-Report vor. Wir experimentieren und lassen Sie daran teilhaben. Doch im Laufe des Jahres sollten wir unsere Form gefunden haben.

Zur Beruhigung: Wir wissen nach wie vor, daß wir nicht so sehr äußerlich aufregend als inhaltlich anregend sein sollten. Unseren Bildungsauftrag wollen wir auch künftig nicht hinter größerer journalistischer Eleganz verstecken. Im übrigen freuen wir uns über Kritik und Anstöße - auch generell für unsere substantielle Arbeit, die ebenfalls Auffrischung verträgt.

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

Inhaltsverzeichnis

Seite

Colloquium zum Landesparlamentarismus:

„Entwickelt sich eine Volksvertretung ohne Volk?“ - Von Landtagspräsident Johann Böhm	1
Beruf und Bild des Abgeordneten im Wandel - Von Prof. Dr. Heinrich Oberreuter	3

„Zwei Diktaturen in Deutschland, eine Erfahrung? Der antitotalitäre Konsens“

Vergleich deutscher Diktaturen	5
Gegen Vergessen für Demokratie - Von Dr. Hans-Jochen Vogel	6

„Die Islamische Welt“

Fundamentalismus in der islamischen Welt - Von Prof. Dr. Werner Ende	7
--	---

„Deutschland aus französischer Sicht“

Deutschland und die Deutschen aus französischer Sicht - Von Prof. Dr. Michel Cullin	12
---	----

„50 Jahre Bayern - USA“

Wer regiert Amerika? Wandlungen im Politischen System der USA - Von Prof. Dr. Heinrich Oberreuter	14
Amerika und die Demokratiegründung in Bayern - Von Dr. Hans Woller	15
Religion in Amerika - Von Prof. Dr. Michael Zöller, Univ. Bayreuth	16

Bärbel Bohley in Tutzing	19
--------------------------------	----

Weitere Themen im Akademie-Report:

Veranstaltungskalender	8
Veranstaltungshinweise	11
Jubiläen	17
Erinnerungen an Tutzing - Von Dr. Hans-Jochen Vogel	18
Presseplitter	18
Nachrichten aus der Akademie	19
Neue Küche: Guten Appetit	20
Impressum	20
Demokratie - Nation - Verfassungspatriotismus: Prof. Manfred Härtichs Geburtstag	21
Bücher: Neuerscheinungen	24

(Fortsetzung von Seite 1)

Abgeordneten wurden dem Landtag in der letzten Wahlperiode (1990 bis 1994) 114 Gesetzesentwürfe vorgelegt, von denen 24 angenommen wurden. Außerdem gab es 3942 Anträge (davon wurden 1371 angenommen), 33 Interpellationen, 32 Aktuelle Stunden, 2077 mündliche und 2013 schriftliche Anfragen. Zwar besagen Zahlen allein noch nicht viel über deren Qualifikation, aber sie lassen immerhin ein objektives Bild erkennen.

Arbeit im Stillen

Angesichts dieser Fakten wird man von einem tragen Parlament nicht sprechen können. Allerdings erledigt es den größten Teil seiner Arbeit im Stillen, ohne marktschreierische Selbstdarstellung. Das führt dazu, daß die Tätigkeit nicht genügend wahrgenommen und nicht gerecht gewürdigt wird. Den von den Abgeordneten enttäuschten Bürgern entsprechen also spiegelbildlich von den Bürgern enttäuschte Abgeordnete. In letzter Konsequenz bewirken diese doppelte Enttäuschung und die daraus resultierende beiderseitige Unzufriedenheit, daß unser parlamentarisches System latent in Frage gestellt wird.

Aufklärungsbedarf besteht hauptsächlich über die praktische Arbeit, die Abläufe der Entscheidungsfindung, die Funktionslogik und die Rollenverteilung im Parlament. Offensichtlich ist weitgehend unbekannt, daß die Arbeit im Parlament hochgradig arbeitsteilig und daß der Entscheidungsprozeß somit in viele kleine Einzelschritte „zerlegt“ ist. Das Plenum ist eben nicht der einzige Arbeitsplatz der Abgeordneten.

Trotz mancher gegenteiliger Meinung ist die Arbeitsbelastung der Parlamente und Abgeordneten ständig gestiegen. Zwar haben die Landesparlamente in der Vergangenheit durch Verschiebungen hin zum Bund wie auch im Zusammenhang mit dem europäischen Einigungsprozeß eine ganze Reihe von Kompetenzen verloren. In den klassischen Bereichen haben die Länder dennoch ihre Zuständigkeiten gehalten und sogar noch ausgebaut. Nach wie vor besteht deren „Hausgut“ im wesentlichen aus dem Polizei-, Sicherheits- und Ordnungsrecht, dem Kommunalrecht, dem Bildungs- und Kulturrecht, dem Planungs-, Finanz-, Personal- und Organisationsrecht wie

auch dem Recht zur Regelung der regionalen Infrastruktur und Wirtschaftsverwaltung, wobei hier die Subventionierung und die Ausfüllung der Rahmengesetze im Vordergrund stehen. Es ist keine Frage, daß gerade der Kulturbereich, Kerngebiet der Bildungspolitik, auf Grund der stetig steigenden Anforderungen unserer Gesellschaft ständiger Anpassung und Verbesserung bedarf.

Im übrigen geben die oben angeführten statistischen Daten aus der letzten Legislaturperiode Aufschluß darüber, daß sich die gesetzgeberischen Aufgaben nicht vermindert haben - und dies nicht nur der Zahl nach, sondern durchaus auch nach ihrem spezifisch landespolitischen Gewicht. Die Abgeordneten haben - was meist vergessen wird - zwei Arbeitsplätze: im Parlament und im Stimm-/Wahlkreis. Dabei ist es selbstverständlich, daß sie, meist an den Wochenenden, in ihrem Stimm-/Wahlkreis Bürgersprechstunden abhalten und die Wählerinnen und Wähler betreuen. Die Dienstleistungsfunktion reicht von der Entgegennahme der Bürgeranliegen in Briefen, Gesuchen und Petitionen bis hin zum Einsatz dafür, daß in ihrer Region etwa eine neue Behörde installiert wird oder daß Subventionen an bestimmte Wirtschaftsunternehmen zum Zwecke der Arbeitsplatzbeschaffung flie-

ßen. Zwar ist der Abgeordnete nach der Verfassung dem ganzen Land verpflichtet, aber in der Praxis wird er in seiner politischen Heimat, von der letztlich auch seine Wiederwahl abhängt, daran gemessen, was er tatsächlich für sie erreicht hat. So ist es durchaus möglich, daß Parlamentarier, die sich in Fragestunden zu regionalen Problemen mit besonderem Eifer hervortun, „zu Hause“ ein ähnliches Ansehen genießen wie sogenannte „prominente“ Parlamentarier. Parlamente brauchen „Lokalmatadore“ mit ihrem Gespür für die Anliegen der Menschen, die oft fälschlich als Hinterbänkler abgetan werden, ebenso wie die hochgradigen Experten und die „politischen Köpfe“. Wenn die repräsentative Demokratie Bestand haben soll, so sind die Volksvertretungen und Volksvertreter angewiesen auf das Vertrauen und die Zustimmung des Volkes. Ich werbe mit großem Nachdruck dafür, daß über allen möglichen Einwänden im einzelnen dieser Grundsatz nicht aus dem Blick gerät. Eine intensive Besinnung auf den Stellenwert von Abgeordneten und Parlamenten tut not. Das hat nichts mit Nostalgie zu tun. Zuviel steht auf dem Spiel. Denn Volksvertretungen ohne Volk wären der Abgesang auf unsere Demokratie und unsere Freiheit. Wollen wir dieses Risiko wirklich?

Beruf und Bild des Abgeordneten im Wandel „Managertypen statt liberalen Einzelkämpfern“

Von Heinrich Oberreuter

Institutionen, die etwas zu sagen und die mitzuregieren haben, werden in anderer Gestalt auftreten als solche, die nur in untergeordneten Teilläufen staatlicher Machtentfaltung und in der politischen Debatte präsent sind. Im Klartext: Wenn Parlamente im Staat Macht und Aufgaben gewinnen, können Bild und Beruf des Abgeordneten nicht unverändert bleiben. Ich möchte die drei wichtigsten prägenden Veränderungen benennen:

1. Den Wandel zur Demokratie für alle: Parlamente repräsentieren nun nicht mehr hängen nur eine maßlos kleine Klientel oder das durch Besitz und Bildung ausgezeichnete Bürgertum. Seit der Durch-

setzung des allgemeinen Wahlrechts repräsentieren sie nicht mehr nur eine homogene soziale Klasse, sondern das Volk. Das ist der strukturelle Grund für die Herausbildung intensiver kommunikativer Beziehungen zur lokalen und regionalen Basis, zur Partei-, zur Fach- und zur Interessenöffentlichkeit. Die Differenzierung der Kommunikationskanäle entspricht der Pluralität der Gesellschaft, und die Dichte der kommunikativen Beziehungen, die Zugewandtheit zur Öffentlichkeit, entspricht dem Demokratiegebot, welches mit dem rigorosen Repräsentationsbegriff Edmund Burkes geradezu unterlaufen werden würde. Die Demokratisierung verlangt dem Abgeordneten jene Kommunikationsleistung ab, auch jene Offenheit für Interessen, die

ihn heute vielfach zu erdrücken scheinen. Diese Kommunikation ist zu einer seiner Kardinalfunktionen geworden und dient der Bindung der Wähler an die parlamentarische Demokratie. Wenn diese Funktion zwar von den Abgeordneten wahrgenommen, aber von vielen Interpreten - auch vom Verfassungsgericht in seinem Diätenturteil - nicht als wesensbestimmend gesehen wird, so spricht dies nicht gegen die Abgeordneten, sondern gegen die Interpreten.

Der tibliche gedankenarme Rückgriff auf Gesetzgebung und Kontrolle als Parlamentsfunktion verdeckt, wie sehr Legitimation - also die Gewährleistung von Zustimmung der Bürger zur Politik und zum politischen System - in der Demokratie zur Parlamentsaufgabe geworden ist. Zum Teil wird sie institutionell eingelöst, etwa durch die Transparenz der parlamentarischen Verfahren.

Doch ebenso wird sie durch die kleine Münze der Alltagskommunikation der Abgeordneten mit ihren Öffentlichkeiten erbracht.

2. Wandel und Wachstum der Staatsaufgaben, die über die Jahrzehnte dynamisch fortschreitende Entwicklung zum aktiven Staat, der nicht mehr nur Ordnungsfunktionen wahrnimmt, sondern zum Schlichter, Verteiler und Gestalter in immer weiteren sozialen Bereichen geworden ist. Die Bürger erwarten vom Staat Leistungen, sozialen Komfort, Daseinsvorsorge im weitesten Sinne. Das rechtsstaatliche Steuerungsinstrument dafür ist die Gesetzgebung. Das hat zu einer starken Ausdehnung des parlamentarischen Aufgabenbereichs geführt, zugleich aber auch zu starken Herausforderungen an das Parlament; denn - fast schon ein Gemeinplatz - die Kompliziertheit und Komplexität der zu lösenden Probleme haben zugenommen, mußten in dem Maße zunehmen, in welchem politische Entscheidungen sich in der Gesellschaft immer weiter verzweigt und immer tiefer verwurzelt haben. Obgleich wir es mit Politik zu tun haben, ist immer mehr Kompetenz und Sachrationalität gefordert. Parlamentarische Beredsamkeit hängt als Zierstück noch im Waffenschrank.

Aufgabenbewältigung ist für die Abgeordneten jedoch nur noch möglich durch Spezialisierung und Arbeitsteilung, wie sie historisch längst angebahnt waren und heute den parlamentarischen Alltag notwendigerweise beherrschen. Insofern ver-

langt auch die konkrete Arbeit am Gesetz, die in der deutschen Tradition erhebliche Bedeutung besitzt, einen neuen Abgeordnetentyp, der vom Honoratioren weit entfernt ist.

Der neue Abgeordnete muß spezielle Kompetenzen entwickeln und sich auf der Basis gemeinsamer politischer Überzeugung in seiner Fraktion arbeitsteilig zu koordinieren verstehen. Er muß sich nicht auf sich selbst verlassen, sondern Vertrauen geben und nehmen können.

Vor allem aber muß der neue Abgeordnete sich informieren und zuarbeiten lassen und mit entsprechenden Hilfsmitteln umzugehen wissen, weil sich gesetzgeberische Entscheidungen heute nicht mehr aus der Hitze schießen lassen. Dagegen das Leitbild eines frühkonstitutionellen Abgeordneten anzuführen, ist geradezu rührend.

3. Der Zugriff des Parlaments auf die Staatsleitung: Im parlamentarischen Regierungssystem bildet bekanntlich das Parlament die Regierung. Es rekrutiert das Kabinettspersonal und es regiert faktisch mit. Gegenüber dem klassischen negativen Parlamentarismus konstitutioneller Prägung ist dies geradezu eine Revolution. Das bedeutet, daß die Abgeordnetenkarriere heute nicht mehr in parlamentsinternen Führungspositionen endet, sondern in Regierungsämtern. Um so wichtiger werden Führungs- und Initiativqualitäten, gepaart mit Kompetenz, und um so bedeutsamer wird die Führungs auswahl und -qualifikation durch die politischen Parteien. Darin, daß die Parteien Konzepte und Personal für die politische Führung anbieten müssen, liegt wahrscheinlich ihr größter Positionsgewinn. Sich in ihnen durchsetzen und beweisen zu müssen, ist eine hohe Schule, für die es keinen Ersatz gibt. Sie vermittelt die Professionalität, die unabdingbar ist.

Diese drei Entwicklungen zusammengefaßt: Heute endet der Beruf des Abgeordneten potentiell im Regierungsamt, womit nicht gesagt ist, daß er sich nur darin erfüllt. Doch auch ohne dies verlangen die Kommunikation mit den Bürgern, die Aufgabenfülle und die Kompetenzausstattung der Parlamente hohes zeitliches Engagement, Präsenz und professionelle Kompetenz. Heute haben wir es eher mit Managertypen zu tun, die sich arbeitsmäßig zu organisieren und durchzusetzen verstehen, und überhaupt nicht mehr mit liberalen Einzelkämpfern.

Pressesplitter

Süddeutsche Zeitung

In der Süddeutschen Zeitung vom 18./19. November 1995 (S.51) schrieb Alexander Gorkow unter dem Titel „Was ist der Abgeordnete für ein Mensch? Parlamentarier diskutieren mit Professoren über ihr Amt und ihre Würde“

„... Heinrich Oberreuter lobte zu Recht die Transparenz des bayerischen Parlaments, und der Verfassungsrechtler Peter Lerche erinnerte an die Prinzipien des freien Mandats. Die Parlamentarier ermahnte der Konservative, sich als Mandatsträger auch die „Freiheit gegenüber den eigenen Leuten“ zu genehmigen. Das war ein Plädoyer für den mutigen Politiker und gegen den Parteisoldaten: 'Die Verfassungsgarantie des freien Mandats ist kein Relikt aus der Postkutschenzeit'. ... CSU-Fraktionschef Glück hingegen klagte nicht nur über die Medien, sondern auch über die Parlamentarier. Natürlich läßt sich mit einer schnellen Schlagzeile in der Lokalzeitung des Wahlkreises mehr Wind machen als mit zuverlässiger, aber unspektakulärer Ausschußarbeit. Aber, so forderte Glück, die Abgeordneten könnten nicht einerseits den schlanken Staat predigen und andererseits jeden Bürgerantrag aus dem Wahlkreis zur Mehrung des eigenen Ruhms bis an den Ministerpräsidenten durchstellen.“

Bayerischer Rundfunk

Im Bayernkommentar des Bayerischen Rundfunks (Bayern 1) sagte Daniela Philippi am 18. November 1995:

„Politische Ämter sind nicht auf Dauer, sondern auf Zeit angelegt. Das gehört zum Wesen der Demokratie. So hatte Ministerpräsident Edmund Stoiber seine Rede im Parlament anlässlich der Kabinettsumbildung begonnen. Das gilt natürlich auch für die Mandate der Abgeordneten. Womit wir bei einer bemerkenswerten Veran-

staltung wären, die in dieser Woche im Bayerischen Landtag stattgefunden hat. Einer Diskussion, deren Nutzen noch größer gewesen wäre, wenn sie schon früher und auf breiterer Basis geführt worden wäre.

Die Akademie für Politische Bildung in Tutzing hatte zum Gespräch geladen über den Stellenwert der Abgeordneten in der Gesellschaft, Ihre Rolle in der parlamentarischen Demokratie. Hätten sich die Volksvertreter bemüht, solche Informationen in eigener Sache vor der geplanten Diätenerhöhung unter das von ihnen vertretene Volk zu bringen, wäre ihnen vielleicht etwas weniger Unverständnis entgegenschlagen. CSU-Fraktionschef Alois Glück hatte das zwar zu einem früheren Zeitpunkt einmal versucht, doch die Diskussion war dann im Sande verlaufen.

Wenn jedoch die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig mehr gewußt hätten über die Aufgaben der Volksvertreter, dann hätten sie auch besser beurteilen können, was ihnen diese in des Wortes doppelter Bedeutung wert sind. ... Die Aufgaben des Abgeordneten, das hat die Tagung bestätigt, sie sind schwieriger geworden und die Anforderungen sind gestiegen, in einer Zeit, in der die Vorgänge komplexer geworden sind und die Bürger den Parlamentariern a priori nicht mehr Vertrauen, sondern Mißtrauen entgegenbringen. Dabei haben die Abgeordneten einen ständigen Spagat zu vollbringen, zwischen der Arbeit im Parlament und der im Stimmkreis, zwischen der Aufgabe der Gesetzgebung und der Kontrolle der Regierung sowie der Funktion als Ombudsmann für die Bevölkerung. Wobei die Lebenshilfe zwar von den Wählerinnen und Wählern eingefordert wird, aber den Parlamentariern nicht etwa Renommee verschafft, im Gegenteil. Imagefördernd wäre mehr der große Auftritt im Parlament, doch der wiederum findet in der Lokalpresse wenig Niederschlag. Und je weniger die Abgeordneten mit politischer Gestaltung in Verbindung gebracht werden, desto weniger interessieren sich auch junge Leute für diesen Beruf. Information tut also not, Information über den Durchschnitts-parlamentarier und seine Arbeit, nicht über spektakuläre Einzelfälle, auf die sich naturgemäß in erster Linie das Augenmerk der Journalisten richtet..."

Vergleich deutscher Diktaturen

„Auch die kleinste Abweichung war tödlich“

„Zwei Diktaturen in Deutschland, eine Erfahrung? Der antitotalitäre Konsens“. So lautete das Thema einer von der Akademie und dem Projekt „Gegen Vergessen für Demokratie“ veranstalteten Kooperationstagung, die vom 3. bis 5. November 1995 in Tutzing stattfand. In der Zeitung „Das Parlament“ (Nr. 47) schrieb Bernd Kallina darüber am 17. November 1995.

Sowohl in theoretischen Erörterungen als auch anhand von praktischen Beispielen der Verfolgungspraxis politischer Gegner



Joachim Gauck referierte über „Dialektik von historischer Wahrheit, Gerechtigkeit und Aussöhnung“

wurde in differenzierter Weise den Fragen nachgegangen, welche strukturellen Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei den beiden Diktaturen im Deutschland dieses Jahrhunderts auszumachen sind. Eine Podiumsdiskussion ... unter Teilnahme von Bärbel Bohley, dem Braunschweiger Oberstaatsanwalt Hans-Jürgen Grasemann und dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Stephan Hilsberg (Finsterwalde) ging auf die umstrittene Frage „Regierungs- und Funktionärskriminalität zweier Diktaturen - Ahndung oder Amnestie?“ ein, um sie tendenziell zugunsten von „Ahndung“

zu beantworten.

Die Tagung schloß mit einem nachdenklichen Vortrag von Joachim Gauck aus Berlin, der in anschaulicher Weise „Zur Dialektik von historischer Wahrheit, Gerechtigkeit und Aussöhnung“ referierte. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR forderte u.a. die Beendigung einer nur selektiven Wahrnehmung historischer Unrechtstatbestände. ... Der Vorsitzende des Projekts „Gegen Vergessen für Demokratie“, Hans-Jochen Vogel, mahnte an, sich insbesondere dem Leid der Menschen primär zu widmen und sich immer wieder zu vergegenwärtigen, was zu Unrechtsregimen geführt habe, um entsprechende Fehlentwicklungen zukünftig zu verhindern.

Instrumentalisierung von Antifaschismus

Eckhard Jesse (Chemnitz) und Bernd Faulenbach (Bochum) thematisierten die „Instrumentalisierung von Antifaschismus und Antikommunismus durch NSDAP und SED“ (Jesse) sowie die „Vergleichbarkeit und Verschiedenheit totalitärer Herrschaftssysteme“ (Faulenbach). Ergebnis: Entgegen landläufigem Sprachgebrauch bezüglich einer angeblichen „Unvergleichbarkeit des NS-Systems“, sei der seriöse, wissenschaftliche Vergleich geradezu die Voraussetzung, um Differenzen bzw. Gemeinsamkeiten zu belegen. ... Dennoch dürften sowohl quantitative als auch qualitative Unterschiede in der Erscheinungsform totalitärere Gewaltsysteme des 20. Jahrhunderts nicht übersehen werden, betonte Faulenbach. ... Fazit der Tutzinger Tagung, die in unerwarteter Schneelandschaft endete: unter der sachkundigen und souveränen Leitung von Karl Wilhelm Fricke und Jürgen Maruhn gelang der bemerkenswerte Versuch, zwei Diktaturen in Deutschland auf ihren totalitären Kern hin abzuklopfen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten präzise herauszuarbeiten und nicht zuletzt unverwechselbare Ansatzpunkte für den antitotalitären Konsens im wiedervereinigten Deutschland in verständlicher Form herauszuarbeiten.

Gegen Vergessen für Demokratie

„Zwei Diktaturen in Deutschland, eine Erfahrung?“

Von Dr. Hans-Jochen Vogel

Die Tagung „Zwei Diktaturen in Deutschland, eine Erfahrung? Der antitotalitäre Konsens“ wurde in Kooperation mit dem Projekt „Gegen Vergessen für Demokratie“ veranstaltet. Vorsitzender dieses Projekts ist Dr. Hans-Jochen Vogel, der die Tagung eröffnete:

... Die Bewahrung des Erinnerungswerten und Erinnerungsbedürftigen vor dem Vergessen ist der Kerngedanke, dem das Projekt „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ seine Entstehung verdankt. Eine Handvoll von Männern und Frauen hat sich im Frühjahr 1993 aus der Sorge zusammengefunden, es könnte die Erinnerung an die Verbrechen der NS-Gewalt herrschaft abreißen, weil mehr und mehr von denen dahingehen, die die Zeit vor 1945 noch bewußt erlebt haben, von denen, die verfolgt worden sind und auch von denen, die Widerstand geleistet haben. Und ebenso bewegte sie die Sorge, es könnte auch der Widerstand gegen das kommunistische System in der Sowjetischen Besatzungszone und dann in der ehemaligen DDR und die Leiden derer, die es vielen Menschen in seinem Herrschaftsbereich zugefügt hat, in Vergessenheit geraten.

Anlaß für die Gründung des Projektes war aber auch die Welle der Gewalt, die in den Jahren 1991, 1992 und 1993 über unser Land hinwegging und sich vor allem gegen ausländische Mitbürger und



Dr. Hans-Jochen Vogel bei der Tagung „Zwei Diktaturen in Deutschland, eine Erfahrung? - Der antitotalitäre Konsens“

Mitbürgerinnen, aber auch gegen jüdische Friedhöfe, ja sogar gegen eine Synagoge und gegen KZ-Gedenkstätten richtete. Eine Welle, die bis heute durchaus noch nicht gänzlich verebbt ist. Dabei sollte das Erinnern kein Selbstzweck sein, vielmehr müssen wir uns an die Geschehnisse während des NS-Gewaltregimes und an die Ursachen, die

uns dorthin geführt haben, erinnern, um neu heraufziehende Gefahren rechtzeitig zu erkennen, um ihnen unverzüglich zu begegnen und um auf diese Weise unsere demokratische Ordnung zu stabilisieren. Und unbeschadet der Unterschiede, die es gewiß zwischen beiden Diktaturen gab, wollte sich das Projekt von Anfang an aus dem gleichen Grund auch mit den Ursachen und den Erscheinungsformen der kommunistischen Diktatur und den menschlichen Verhaltensweisen während dieser Diktatur auseinandersetzen. Denn - so sagten wir uns - wer von den Verbrechen in der Zeit des Dritten Reiches und auch davon nichts gehört hat, warum unsere Bevölkerung erst dem Verderber und dann dem Verderben anheimfiel, wer nichts von der bürokratischen Härte des DDR-Regimes und der Menschenverachtung weiß, zu der auch dieses Regime fähig war, wer nicht weiß, wohin Fanatismus

und ideologische Verblendung Menschen führen können, wer die Warnzeichen nicht kennt, die auf das drohende Unheil hinweisen, der ist neuerlichen Gefahren gegenüber weniger wachsam, weniger widerstandsfähig als derjenige, dem die Verbrechen der Vergangenheit vor Augen stehen.

Gewiß: Auch er könnte und sollte vorhersehen, zumindest aber ahnen, welche Folgen sich ergeben, wenn die Menschenwürde geleugnet, eine Minderheit verteuft, das Freund-Feind-Denken propagiert und Gewalt als Mittel zur Lösung politischer Probleme eingesetzt wird. Aber in den Endjahren der Republik von Weimar hat dieses Vermögen, das den Menschen angeboren ist, eben nicht ausgereicht. Und die Generationen, die die Zeit vor 1945 nicht mehr miterlebt haben - schätzungsweise sind das schon über dreiviertel unserer Bevölkerung - könnten der Einsicht und der Entschlossenheit, ihr gemäß zu handeln, im Ergebnis - wenn auch aus anderen Gründen - vielleicht ebenso ermangeln, wenn ihnen das Wissen über die Katastrophen ihrer Vorfahren fehlt.

Pressesplitter

Zu der Tagung „Zwei Diktaturen in Deutschland, eine Erfahrung? - Der antitotalitäre Konsens“ vom 3. bis 5. November 1995 in Tutzing erschien in der Süddeutschen Zeitung vom 30. November (S. 11) ein Artikel. Unter dem Titel „Tutzinger Tagung zu Erfahrungen unter dem Nazi- und DDR-Regime - Vergleichen ohne gleichzusetzen“ schrieb Katrin Hillgruber:

„... Von der Verführung zum freundlichen Blick, der auch er in der DDR zeitweise erlegen sei, sprach Joachim Gauck in einem sehr persönlichen und metaphern-

reichen Schlußwort. Unter Berufung auf die Totalitarismus-“Kronzeugin“ Hannah Arendt prangerte der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes die „Gedankenwelt der Niederungsbewohner“ an. Nach überstandenen Diktaturen neigten sie dazu, die Würde der Fakten zu leugnen und sich aus schlechten Zeiten nur das Gute zu merken. Beispiele von unspektakulärer Zivilcourage zeigten, daß auch der Stasi niemand habe dienen „müssen“, so Gauck. Keine Versöhnung ohne Wahrheit, kein antitotalitärer Konsens ohne aufarbeitende Erinnerung - der kleinste Nenner dieser Tagung bleibt schwierig umzusetzen.“

Fundamentalismus in der islamischen Welt

„Der Islam ist die Lösung“ - Starke Prägung durch Modernismus

„Die islamische Welt“ stand im Mittelpunkt eines Seminars für Deutsch-, Geschichts- und Sozialkundelehrer, das vom 8. bis 11. Mai 1995 in Tutzing stattfand. Prof. Dr. Hartmut Bobzin (Univ. Erlangen-Nürnberg) befaßte sich mit der Entstehung und den gegenwärtigen Strömungen des Islam als Religion. Unter dem Gesichtspunkt, welches Verhältnis der Islam zur westlichen Demokratie hat, untersuchte Prof. Dr. Fuad Kandil (Universität Karlsruhe) die „Geschichtlichen Wurzeln des Antiwesternismus in der arabischen Welt“, während sich Margret Spohn (Zentrum für Türkeistudien, Essen) speziell mit den deutsch-türkischen Beziehungen der letzten 500 Jahre auseinandersetzte. Auf die aktuellen Erscheinungsformen des Islam in Deutschland und den daraus möglichen Problemen wiesen weitere Referate hin. Über den islamischen Fundamentalismus sprach Prof. Dr. Werner Ende (Universität Freiburg) unter dem Titel „Der Islam ist die Lösung“:

Zum Fundamentalismus: Die These, die ich hier erläutern will, ist eigentlich ganz einfach. Nicht jeder Muslim ist ein frommer Muslim. Und nicht jeder fromme Muslim ist ein Fundamentalist. Und nicht jeder Fundamentalist ist ein Terrorist oder auch nur ein Anhänger von Terroristen im Sinne eines Dschihads, der in einer Art Terroraktion mündet. Der islamische Fundamentalismus ist sehr stark geprägt von einer Geistesströmung, die man Modernismus nennt, ein Begriff in erster Linie aus dem katholischen Bereich. Modernismus: der Versuch einer Harmonisierung von Erkenntnissen moderner Wissenschaft mit Aussagen speziell des alten Testaments in bezug auf die Entstehung der Welt und vieles andere mehr. Während der amerikanische Fundamentalismus beispielsweise vehement anti-darwinistisch ist, hat der islamische Fundamentalismus - weil er sich sehr stark aus dem islamischen Modernismus des späten 19., frühen 20. Jahrhundert speist - sich mit dem Darwinismus im großen und ganzen arrangiert. Es gibt eine kritische Beurteilung insofern, daß christliche Gelehrte und besonders

Leser von Schriften des Darwinismus falsche Schlüsse in bezug auf die Existenz Gottes und gewisser Grundlagen des Glaubens gezogen hätten. Dies sei ein typisch christlich-europäischer Irrtum. Die Muslime brauchten sich vor den Kernerkenntnissen des Darwinismus überhaupt nicht zu fürchten. Dieser islamische Modernismus, der sowohl in Britisch-Indien als auch in Ägypten und in der Türkei seine frühen Vertreter hatte, ging davon aus, daß die Aussagen des Koran über Gott und die Welt und die Gestalt der Erde, der Gestirne, über die Engel und die Teufel nicht im Widerspruch zu den Erkenntnissen des modernen Islams stehen.

Wenn es auch im ersten Moment so erscheint, dann sei das ein Irrtum, dann hätte man nicht richtig darüber nachgedacht. Deswegen haben diese frühen Modernisten, auf deren Schultern gewissermaßen auch die Fundamentalisten stehen, gesagt, wir schreiben neue Korankommentare. Was im Mittelalter geschrieben worden ist, sind sehr bedeutende Dinge, wir können aber nicht sehr viel damit anfangen, daß die Erde auf dem Horn eines Stiers kreist. Das sind Dinge der Vergangenheit, wir schauen da gar nicht mehr hinein in diese Korankommentare, wir schreiben die neu. Und so entdeckt man natürlich die Existenz von Mikroben, die schon im Koran angedeutet werden.

Ein Großteil der Fundamentalisten ist durchaus modernistisch in dem Sinne, daß sie sich an die Errungenschaften des Modernismus halten und beispielsweise ausgesprochen wissenschaftsgläubig sind, was die moderne Wissenschaft und Technik angeht.

Typisch für diesen islamischen Fundamentalismus ist, daß er nicht in erster Linie von Theologen getragen wird, sondern von dem Typ des islamischen Intellektuellen, des zum Teil westlich gebildeten, auch zum Teil westlich gekleideten - nur die Krawatte ist verpönt -, auch mit Fremdsprachen bewaffneten Menschen, der irgendwann auch mal studiert hat, der möglicherweise gar nicht so selten mal Marxist war und der nun das Licht erkannt hat und Muslim geworden ist. Das führt übrigens dazu, daß in unseren Medien nicht selten die falschen Leute gezeigt werden. Es gibt einen Journali-

sten, der vor einiger Zeit einen Film über Zentralasien gemacht hat, in dem er erzählen wollte, daß die Fundamentalisten im Kommen sind.

Aber Fundamentalisten, wenn es sie dort geben sollte, sind nicht sehr ansehnlich. Sie sind zumindest sehr durchschnittlich, sie sehen aus, wie andere Leute auch, während es in irgendwelchen Moscheen noch ein paar Leute mit dem Turban gibt. Und ein Turban macht sich gut für den Kameramann, also werden die Personen mit dem Turban gezeigt. Ehrwürdige Greise, die alles andere im Sinn haben als fundamentalistische Ideen, aber sie werden uns gezeigt.

Ebenso typisch ist die Bemerkung eines der Köpfe dieser modernistischen Bewegung: „Der Islam hat die Lösung für alles.“ Das ist ja eine der Grundlosungen des Fundamentalismus: der Islam ist die Lösung. Man muß ihn nur richtig verstehen. Er ist fortschrittsfähig, er ist lange Zeit eine ganz normale Ebene des Fortschritts gewesen und die großen Errungenschaften der Wissenschaften des islamischen Mittelalters zeigen es.

Es bleibt die Frage, wieso denn diese militant fundamentalistischen Bewegungen - wie gesagt: nicht alle Fundamentalisten sind militant oder gar terrorbereit - eine derartige Resonanz haben, vor allem bei Personengruppen, die 20 - 30 Jahre vorher ganz anderen Ideologien nachgegangen wären oder nachgelaufen sind: Oberschüler, Studenten, Intellektuelle, kleine Beamte, Technokraten. Es spielen ganz sicher Dinge wie die Enttäuschung über die neuen Regimes nach dem Ende des direkten Kolonialismus eine Rolle. Generell ist die Resonanz auf die fundamentalistischen Bewegungen das Ergebnis tiefer Krisen in der Gesellschaft. Es gibt Probleme der Vereindlung des städtischen Mittelstands, des Kleinbürgertums. Entweder steigt man ab oder man kann nicht aufsteigen. Das ist zum Teil ein ausgesprochenes Generationenproblem. Die Anhängerschaft der fundamentalistischen Bewegung ist überwiegend sehr jung und es spielt eine große Rolle, daß die meisten dieser Regimes, die in nachkolonialer Zeit in den Sattel gekommen sind, großartige Schulprogramme gemacht haben. Manchmal auch durchaus erfolgreich,

Tagungsbericht

aber mit dem Ergebnis, daß etwa in Algerien sehr viele junge Leute nach ihrer Schulausbildung auf der Straße standen. Entsprechende Stellen gab es eben nicht. Also tiefe Frustrationen auch bei dieser Gruppe. Es ist aber kein reines Elendsphänomen. Wenn man die Resonanz auf die fundamentalistischen Bewegungen durch die Massenverelendung erklären wollte, sieht man nur die eine Seite der Sache. Die Verelendung im Iran war nicht so groß, daß man hätte sagen müssen, daß man zuerst passieren. Da hätte es viel eher in Ägypten passieren können. Es müssen die lokalen Bedingungen dazukommen, und die waren im Iran eben gegeben. Die iranischen Kleriker und ihre Verblindeten hatten eine Logistik aufgebaut, die es möglich machte, eine Revolution durchzuführen. Wenn dann mit Domino-Theorien herangegangen und auf die Karte geschaut wurde, um zu sagen, welcher Staat nun der nächste Staat sein wird, ging es eigentlich immer schief. Diese Prophezeiungen sind nicht eingetroffen. Es hat auch keine Lawine gege-

ben; allenfalls mit zeitlicher Verzögerung da und dort den Durchbruch fundamentalistischer Gruppen bis zu öffentlicher Bedeutung, wie etwa in Algerien, was für viele unerwartet war. Große Teile der technischen Intelligenz, die sich dieser Bewegung nicht anschließen, sind zumindestens desorientiert und unterstützen nicht die real existierenden Systeme. Ein ganz deutliches Beispiel lieferte der Iran. Wann immer man in den 60/70er Jahren Iraner im Ausland traf, die hier zu Besuch waren oder hier lebten, hörte man sehr starke Kritik am Schah und seinem System. Vor allen Dingen den Vorwurf, daß die Möglichkeit einer wirklichen politischen Partizipation verhindert würde. Das führte dazu, daß, als plötzlich eine Grundwelle des schiitisch gefärbten Modernismus übers Land ging, die Leute zwar wenig Sympathien für die Mullahs hatten, eher Verachtung, bis dahin, daß sie nicht bereit waren, das existierende System zu verteidigen, weder mit Worten noch mit Taten. Sie sagten, laß sie machen. Viele haben auch ge-

glaubt, die Mullahs wären nicht in der Lage, länger als ein paar Wochen zu regieren, sie seien ja gar nicht fähig, sie wüßten ja nicht wie man verwaltet und leitet. Und dann würde wieder die alte Elite, aber die liberalere Elite die Macht übernehmen. (...)

Es gibt noch eine Reihe anderer Faktoren. Wichtig war mir jedoch, darauf hinzuweisen, daß es nicht nur die Verelendung war und ist. Die Verriegelung von Aufstiegsmöglichkeiten für viele Leute, die zunächst einmal Nutznießer der modernistischen Entwicklung der Regimes, z.B. der Schulbildung, gewesen sind. (...) Es gibt somit eine Alliance von wirklich absteigenden, verelendeten Leuten und Leuten, die nicht unbedingt verelendet sind, die aber enttäuscht sind und die nicht aufsteigen können so wie sie wollen, obwohl man Versprechungen gemacht hat. Solange eine solche Alliance hält - sie scheint jetzt zum Teil in Algerien zu funktionieren -, solange sind solche fundamentalistischen Bewegungen schon ein erheblicher Faktor.

Veranstaltungen

Januar

Nr./Termin	Thema	Kooperationspartner / Zielgruppe	Tagungsteam
1 08. 01. - 11. 01. 96	Germany Today Landeskundl. Seminar mit amerikanischen College-Studenten	Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart	Leitung: Grosch Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
2 09. 01. - 11. 01. 96	Medien zur Sozialkunde	Staatl. Studienseminar für berufl. Schulen in Südbayern, München	Leitung: Friedrich Tag.-Sekretärin: Sittkus ☎ 08158/256-49
3 16. 01. - 19. 01. 96	Aktuelle Fragen der Politik - Die Nachbarn Bayerns in Europa	Mitarbeiterinnen des Bayerischen Bauernverbands	Leitung: Diemer Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
6a 19. 01. 96	Arbeit 2000 - Anforderungen an eine Neugestaltung der Arbeitswelt	Neue Richtervereinigung e.V. (NRV)	Leitung: Piazolo Tag.-Sekretärin: Sittkus ☎ 08158/256-49
7 22. 01. - 26. 01. 96	Politisches, ökonomisches, ökologisches und soziales Lernen (Zukunftswerkstatt)	Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen (Hauptschullehrer)	Leitung: Hampe/Zimmermann Tag.-Sekretärin: Mertes ☎ 08158/256-50
8 22. 01. - 26. 01. 96	Nationalismus in Europa - Aktuelle Erscheinungsformen und historische Perspektive	Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen (Geschichtslehrer)	Leitung: Weber/Münchenbach Tag.-Sekretärin: Mertes ☎ 08158/256-50

Veranstaltungen

Februar

Nr./Termin	Thema	Kooperationspartner / Zielgruppe	Tagungsteam
10 01. 02. - 03. 02. 96	Technikentwicklung und vorausschauende Technologiepolitik, Japan und Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts (s. auch Seite 12)	Evangelische Akademie -Tutzing mit Experten aus Wissenschaft, Technik, Politik und Wirtschaft	Leitung: Hampe/Held Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
11 05. 02. - 09. 02. 96	Parteiensysteme im internationalen Vergleich	Universität Passau	Leitung: Oberreuter Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
12 05. 02. - 07. 02. 96	Arbeit und Leistung unter dem Blickwinkel der Ethik	Landesarbeitsgemeinschaft katholischer Sozialarbeiter/innen Sozialpädagogen/innen Heilpädagogen/innen	Leitung: Diemer Tag.-Sekretärin: Sittkus ☎ 08158/256-49
13 08. 02. 96	Parlamentarische Konkurrenz? Kolloquium II zum Landesparlamentarismus Tagungsort: Bayreuth	Landtag - Bundestag - Europaparlament	Leitung: Oberreuter Tag.-Sekretärin: Leisching ☎ 08158/256-47
14 09. 02. - 11. 02. 96	Nation, nationale Identität, Nationalismus	Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien (DGFA)	Leitung: Grosch Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
15 13. 02. - 16. 02. 96	Die Wiedervereinigung Deutschlands und die europäische Einigung	Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen (Hauptschullehrer)	Leitung: Hampe/Zimmermann Tag.-Sekretärin: Mertes ☎ 08158/256-50
16 13. 02. - 16. 02. 96	Gesellschaftlicher und politischer Wandel in der Bundesrepublik	Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen mit Sozialkundelehrern an Fachober-/Berufs-oberschulen und Fachakademien	Leitung: Weber/Münchenbach Tag.-Sekretärin: Mertes ☎ 08158/256-50
19 26. 02. - 29. 02. 96	Model United Nations - Wie funktionieren Internationale Organisationen (siehe auch Seite 12)	Konferenz für Studenten aus aller Welt	Leitung: Piazolo Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46

März

Nr./Termin	Thema	Kooperationspartner / Zielgruppe	Tagungsteam
20 01. 03. - 03. 03. 96	Das neue Betreuungsrecht - Erfahrungen nach 4 Jahren Erprobung	Richter, Rechtsanwälte und Sachverständige	Leitung: Piazolo Tag.-Sekretärin: Sittkus ☎ 08158/256-49
21 01. 03. - 02. 03. 96	Die PDS und ihre Bedeutung in der Parteilandschaft des vereinigten Deutschland	Expertenkonferenz	Leitung: Oberreuter/Maruhn Tag.-Sekretärin: Leisching ☎ 08158/256-47
22 05. 03. - 08. 03. 96	Konflikte und Konfliktregelungen in der internationalen Politik - Das Suchen nach dem Frieden	Bildungswerk der DAG in Bayern	Leitung: Diemer Tag.-Sekretärin: Sittkus ☎ 08158/256-49

Veranstaltungen

März

Nr./Termin	Thema	Kooperationspartner / Zielgruppe	Tagungsteam
26 18. 03. - 22. 03. 96	50 Jahre Bayerische Verfassung 1946 - 1996: Entstehung, Herausforderungen, Bewährung	Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen, mit Sozialkunde- und Geschichtslehrern an Gymnasien, Real- und Berufsschulen	Leitung: Weber/Münchenbach Tag.-Sekretärin: Mertes ☎ 08158/256-50
27 18. 03. - 22. 03. 96	Aktuelle Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik	Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen (Berufsschullehrer/innen)	Leitung: Hampe/Güttler Tag.-Sekretärin: Mertes ☎ 08158/256-50
29 26. 03. - 28. 03. 96	Antisemitismus heute - eine Bestandsaufnahme (siehe auch Seite 12)	Verbände in Bayern	Leitung: Diemer Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
30 29. 03. - 31. 03. 96	Kommunismus und Sozialdemokratie - eine Jahrhundertkonfrontation (siehe auch Seite 12)	Kurt-Schumacher-Gesellschaft e.V.	Leitung: Maruhn/Renger Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46

April

Nr./Termin	Thema	Kooperationspartner / Zielgruppe	Tagungsteam
31 01. 04. - 03. 04. 96	Wirtschaften in Umbruchzeiten	AEH	Leitung: Piazolo Tag.-Sekretärin: Sittkus ☎ 08158/256-49
33 09. 04. - 12. 04. 96	Kirche - Staat - Gesellschaft - Probleme und Entwicklungen	Katholischer Deutscher Frauenbund (KDFB)	Leitung: Diemer Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
36 15. 04. - 17. 04. 96	Neuere Didaktik der politischen Bildung: „Lernort Staatsregierung“	Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen mit Seminarlehrern für Sozialkunde	Leitung: Weber/Münchenbach Tag.-Sekretärin: Mertes ☎ 08158/256-50
37 19. 04. - 21. 04. 96	50 Jahre SED	Historiker, Politikwissenschaftler, Journalisten, Multiplikatoren der politischen Bildung	Leitung: Maruhn Tag.-Sekretärin: Bäuerle ☎ 08158/256-46
38 22. 04. - 26. 04. 96	Ästhetik der Macht- Kunst im Dritten Reich	Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen	Leitung: Diemer/Büchner Tag.-Sekretärin: Mertes ☎ 08158/256-50
39 23. 04. - 26. 04. 96	Germany Today	Atlantik-Brücke e.V. Hamburg mit amerikanischen Lehrern an Schulen der Streitkräfte	Leitung: Grosch Tag.-Sekretärin: Mertes ☎ 08158/256-50
40 25. 04. 96	Colloquium III zum Landesparlamentarismus: Der Landtag als Forum der politischen Öffentlichkeit Tagungsort: Regensburg		Leitung: Oberreuter Tag.-Sekretärin: Leisching ☎ 08158/256-47

Technikentwicklungen und vorausschauende Technologiepolitik - Japan und Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts

1. bis 3. Februar 1996

Wir leben in einer Welt zunehmend raschen technologischen Wandels. Wohin tendiert die Entwicklung? Inwieweit lässt sie sich voraussehen? Welche Zukunftsmärkte bieten unserer Wirtschaft neue Chancen? Welche Rolle kommt dabei der Forschungs- und Technologiepolitik zu? Die gemeinsam mit der Tutzinger Evangelischen Akademie konzipierte Fachtagung für Journalisten und Experten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Technik wird diesen und daran anknüpfenden Fragen auf der Basis von Experteneinschätzungen (Delphi-Methode) in Japan und Deutschland nachgehen. Die Ergebnisse sollen unter kritischer Reflexion der Methode verglichen, technologiepolitische Forderungen abgeleitet werden.

Model United Nations - Wie funktionieren Internationale Organisationen? Konferenz für Studenten aus aller Welt

26. bis 29. Februar 1996

Auf der Konferenz sollen Studenten internationale Organisationen in Theorie und Praxis kennenlernen. In Workshops, die von internationalen Diplomaten, Wissenschaftlern und Experten geleitet werden, sollen Lösungsansätze zu internationalen Problemen erarbeitet werden. Folgende Komitees werden simuliert: UN-Sicherheitsrat, Internationaler Gerichtshof, Welthandelsorganisation und Europäischer Ministerrat.

Durch die Simulation werden die Teilnehmer mit praktischen Problemen multilateraler Verhandlungen konfrontiert. Als Delegierte eines UN-Mitglieds z.B. haben die Studenten die Aufgabe, möglichst realitätsnah „ihre“ Interessen glaubwürdig und effizient zu vertreten. Die Themen der Agenda der Komitees werden anhand der originalen Verhandlungsreden bearbeitet.

Antisemitismus heute - eine Bestandsaufnahme

26. bis 28. März 1996

Beleuchtet wird der latente und offene Antisemitismus in der Bundesrepublik. Dieses Problem berührt viele europäische Staaten; in Deutschland sollte es aber mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Folgende Themen sollen angesprochen werden:

- Antisemitismus - historische und begriffliche Analyse
- Antisemitismus in Deutschland seit 1945 - eine Bestandsaufnahme
- Antisemitische Strömungen in Deutschland
- Realitätsverzögerung des antisemitischen Prinzips: Die Leugnung des Völkermordes
- Antisemitische Stereotypen: Die Juden als Bolschewisten, Kapitalisten, Weltverschwörer etc.
- Antisemitismus - eine Bedrohung für die demokratische Kultur.

Kommunismus und Sozialdemokratie - eine Jahrhundertkonfrontation

29. bis 31. März 1996

in Zusammenarbeit mit der Kurt-Schumacher-Gesellschaft zum 50. Jahrestages der Zwangsvereinigung KPD und SPD in der SBZ

Zur Komplexität der Parteidemokratie gehört seit einiger Zeit auch die deutsche Debatte über Zweck, Sinn oder Unsinn einer eventuellen Zusammenarbeit zwischen der antikommunistischen SPD und der antisozialdemokratischen SED (heute „PDS“). Die offensichtlich breit gefächerte Diskussion hat Stammtische, Lokalzeitungen und Talkshows erfasst. Im Rahmen politischer Bildung lässt sich das Thema ordnen und seine historische Dimension einbeziehen, die hier nur in vier Eckpunkten angedeutet sei:

- Das europaweite Schisma am Anfang des Jahrhunderts zwischen demokratischem Sozialismus (Sozialdemokratie) einerseits und leninistischem Kommunismus andererseits;
- Begünstigung des heraufziehenden Nationalsozialismus gemäß dem Vorrang eines kommunistischen „Vernichtungskampfes“ gegen die Sozialdemokratie und gegen die Weimarer Republik;
- Die von langer Hand geplante Beseitigung der SPD 1945/46 in der sowjetischen Besatzungszone durch Verfolgung bzw. Einverleibung in die SED;
- Der kompromisslos gegen die SED gerichtete Gründungsprozeß der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP) 1989 und (bisher weitgehend unbekannte) Abwehrreaktionen der SED-PDS.

Arbeit in der mobilen Kommunikationsgesellschaft

17. bis 19. Mai 1996

Fachtagung in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule München

Das Arbeitsleben als Dreh- und Angelpunkt für die Existenzsicherung des Menschen steht in einer Phase des Umbruchs. Die Telekooperation ist ein Wachstumsmarkt, der betriebliche Organisations- und Arbeitsstrukturen grundlegend verändert. Daneben machen sich die Errungenschaften der Mobilitätstechnologie für die Übertragung von Arbeitsaufgaben und Arbeitsergebnisse zu Nutzen. Durch Vergabe von Telearbeit „überspringen“ sie nicht nur Werkstore, sondern auch Ländergrenzen, um Restriktionen im eigenen Staat zu unterlaufen.

Es gilt, die neuen Probleme wahrzunehmen, und daraus die adäquaten rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu ziehen. Die Maxime von Hans Jonas „handle so, daß die Wirkungen Deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden“ ist umzusetzen in allgemein akzeptierte sittliche Normen, die im Arbeitsbereich ein gerechtes Handeln fordern.

Auf der Tagung, zu der wir Wissenschaftler aus dem In- und Ausland begrüßen dürfen, wird versucht, auf die genannten Fragestellungen Antworten zu geben.

Tagungsbericht

Deutschland aus französischer Sicht

Die Frage nach der Entwicklung deutscher Identität - Politik und Kultur

„Deutschland und die Deutschen aus französischer Sicht“ - Mit dieser Frage beschäftigten sich Sozialkunde- und Geschichtslehrer an Realschulen, Gymnasien und Berufsschulen bei einem Fortbildungsseminar vom 13. bis 17. November 1995 in Tutzing.

Den Auftakt bildete ein historischer Überblick von Prof. Dr. Heinz Hürten (Eichstätt) über die Entstehung deutscher Identitäten im 19. Jahrhundert. Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter gab einen aktuellen Beitrag zum Thema „Die Wiedervereinigung als Zäsur? Faktoren und Entwicklung der Identitätsbildung in der Bundesrepublik“. Oberreuter führte aus, in der „Stunde Null“ 1945 seien die alten Denkstrukturen nicht *allesamt zusammengebrochen*. Vielmehr hätten sich die Westdeutschen sehr viel Zeit genommen, eine demokratische politische Kultur zu entwickeln; eine Zeit, die nun auch den ostdeutschen Mitbürgern zugestanden werden müsse. Darüber, wie ostdeutsche Schüler und Studenten ihre Erfahrungen mit der Wende - und damit „Zeit zu Sinn“ - verarbeiteten, berichtete Prof. Dr. Hans-Jürgen Pandel (Univ. Halle/Wittenberg). Zwar werde die politische Wiedervereinigung

als sinnvolle und überfällige Zäsur empfunden und die SED-Vergangenheit nicht nostalgisch verklärt; dennoch würden die befragten Jugendlichen die bestehende Kluft zwischen Ost- und Westdeutschen betonen. Zum Abschluß der Tagung untersuchte der Gebhard Diemer den Einfluß der Außenpolitik bei der Identitätsbildung in Deutschland in historischer und aktueller Perspektive.

deutsch-französische Beziehungen

Prof. Dr. Michel Cullin (Berlin/Leipzig) sprach über „Deutsche Identität - was ist das?“: Über das Deutschlandbild der Franzosen zu sprechen, bedeutet im Grunde genommen, ausführlich über die deutsch-französischen Beziehungen zu berichten. Ich werde nicht auf alle Aspekte dieses Deutschlandbilds eingehen können und möchte mich daher auf die aktuelle Diskussion konzentrieren.

Wenn wir zunächst von dem aktuellen Stand ausgehen: So hat der französische Außenminister Monsieur De Charette kürzlich in der Tageszeitung „Le Monde“ noch einmal den Stellenwert der

deutsch-französischen Beziehungen unterstrichen. Zu einem Zeitpunkt, zu dem es zwischen den beiden Ländern immer wieder Irritationen, Mißverständnisse und Unklarheiten gibt, hat er noch einmal kräftig die Betonung dieser „Achse“ für Europa unterstrichen. Aber gleichzeitig weist er in seinem Artikel auf bestimmte, typisch französische Topoi hinsichtlich Deutschlands hin.

De Charette führt die Besonderheit der deutsch-französischen Beziehungen auf den Elysée-Vertrag von vor 33 Jahren zurück. Er verweist auf die besondere Beziehung zwischen Giscard d'Estaing und dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt und betont auch das ausgezeichnete Verhältnis zwischen Francois Mitterrand und Helmut Kohl, das zu Maastricht geführt hat. Aber als eine wichtige Bedingung für das Weiterbestehen der guten deutsch-französischen Beziehungen betont er - ich zitiere im Französischen - „Notre aptitude à hisser nos performances économiques et sociales au niveau allemand.“ Das heißt also: Zunächst einmal muß Frankreich sich selbst anstrengen, den wirtschaftlichen und sozialen Standard Deutschlands zu erreichen. In der ganzen französischen Diskussion über Deutschland in den letzten

zehn, fünfzehn Jahren oder sogar länger, geht es immer darum, so ökonomisch und sozial potent zu sein wie Deutschland. Es wird also Deutschland als eine sehr starke, ja überstarke Wirtschaftsmacht dargestellt, unter Umständen durch besondere Vorstellungen, Stereotypen, Ängste und natürlich möglicherweise durch eine falsche Einschätzung der deutschen wirtschaftlichen Entwicklung. Sämtliche wirtschaftliche Untersuchungen und Analysen des eigenen Landes werden immer wieder im Bewußtsein der deutschen Daten und im Hinblick auf die deutsche Entwicklung gemacht.

Befürchtung, nicht mithalten zu können

Hinter die deutsche Entwicklung zurückzufallen, nicht mithalten zu können und von der deutschen wirtschaftlichen Großmacht geschluckt zu werden, ist eine häufig geäußerte Befürchtung. Und das sagt auch ein französischer Außenminister, der somit indirekt diese Angst artikuliert. Gleichzeitig wird hinzugefügt, daß die „relations franco-allemandes“ entwickelt werden sollen, „sans aucun complexe“ und „sur un pied d'égalité“. Das heißt also: Die französische Seite darf sich Deutschland gegenüber nicht schwach zeigen. Das ist ein wichtiger Punkt, den viele Franzosen sowohl in der politischen Elite von links bis rechts, sowie in der Öffentlichkeit und in den Medien immer wieder betonen.

Zweites Element für die Weiterentwicklung dieser deutsch-französischen Beziehungen ist die Erweiterung der Europäischen Union. Und hier ist gleichzeitig auch ein neuer Ton herauszuhören, ein Kontrastton zur Politik des früheren Außenministers bzw. zur Politik des früheren Staatspräsidenten, Francois Mitterrand. Es geht nicht um die Vertiefung der Europäischen Union oder um die Verstärkung der Europäischen Union. Es geht um die Erweiterung nach Ost- und Zentraleuropa, und damit möchte die französische Regierung signalisieren, daß es in diesem Punkt keine Auffassungsunterschiede mehr zwischen Bonn und Paris gibt.

Als dritter Punkt taucht wieder ein alter Topos auf: „La définition d'une nouvelle identité européenne de défense au sein de laquelle la coopération franco-allemande est essentielle.“ Das heißt also: Hier wird

von einer neuen europäischen Verteidigungsidentität oder Verteidigungsgemeinschaft gesprochen und innerhalb dieser Verteidigungsidentität ist die deutsch-französische Kooperation zentral und das Wesentliche. An dieser Stelle tritt noch einmal auf, was sich über Jahrzehnte hindurch immer wieder gezeigt hat. Es ist besser, Deutschland in einem Militärbündnis oder in einer europäischen Verteidigungsstrategie zu haben als außerhalb. Denn man weiß ja nicht, wie sich dieses Land letztendlich des irgendwann entwickeln kann. Das ist ein Topos von den ersten Plänen der europäischen Verteidigungsgemeinschaft in den 50er Jahren über die Überlegungen, die es dann in den 60er Jahren unter De Gaulle gegeben hat, ein deutsch-französisches Militärbündnis gegen die Vereinigten Staaten zu bilden, bis zu dem Projekt, das letztlich Wirklichkeit angenommen hat, das Euro-Korps, das deutsch-französische Korps. Hier gibt es permanent den Versuch der französischen Politik, Deutschland militärisch in irgendeiner Weise einzubinden. Gleichzeitig gibt es natürlich einen sehr großen Widerspruch in dieser Politik. Das ist, glaube ich, einer der Aspekte, bei dem in Frankreich die deutsche Geschichte vor allem nach dem zweiten Weltkrieg und die deutsche Entwicklung überhaupt nicht verstanden wurde. Man betont immer wieder die Notwendigkeit für Deutschland, sich an Militäraktionen, egal welcher Art, zu beteiligen.

Vorwurf: Hang zum Militarismus

Umgekehrt warf man in den 50er und 60er Jahren den Deutschen immer wieder einen gewissen Hang zum Militarismus oder zu militärischen Abenteuern vor. Und es ist insofern ein Widerspruch in sich, weil man einerseits dieses Deutschland militärisch einbinden will, man aber nicht bereit ist, zu erkennen, daß es in der deutschen Bevölkerung, in der deutschen Politik nach 1945 aufgrund der historischen Erfahrung einen totalen und tiefen Wandel, was Verteidigung, was Militär usw. betrifft, gegeben hat. Man reagiert sofort allergisch, wenn es Gegenreaktionen gegen Bewaffnung oder Militarisierung in Deutschland gibt. Das versucht man in Frankreich als Form eines neutralistischen Alleingangs Deutsch-

lands darzustellen. Man will Deutschland in großem Maße militärisch einbinden, allerdings wenn Deutschland militärisches Potential zeigt, oder wenn es zu Diskussionen über die Bundeswehr kommt, dann wird sofort das Gespenst der deutschen Militarisierung an die Wand gemalt und man weiß sich letztendlich nicht zu entscheiden. Diese drei Elemente, der Versuch, den Wirtschaftsstandard zu erreichen, die Erweiterung der Europäischen Union und die neue europäische Verteidigungsstrategie oder Verteidigungsidentität, das sind die drei Punkte, die momentan in der Diskussion zwischen Deutschland und Frankreich stehen, auf der Ebene der Politik und Diplomatie. Was die wirtschaftliche Diskussion betrifft, so gibt es in der französischen Politik unterschiedliche Tendenzen. Nicht alle meinen, man müsse das Niveau der deutschen Entwicklung erreichen. Der frühere Premierminister und Wirtschaftsfachmann Edouard Balladur plädiert zum Beispiel dafür, daß Frankreich nicht unbedingt auf die deutsche Karte setzen muß; gleichzeitig stellt er Deutschland in einer ziemlich problematischen Sicht dar. Er erklärt, Deutschland habe mehrere politische Karten. Warum sollte Frankreich unbedingt auf eine einzige Karte setzen, nämlich auf die deutsch-französische Karte?

Die Ansicht, daß es nur durch die Betonung der deutsch-französischen Beziehung in Europa weitergehen und dieses Europa aufgebaut werden kann, wird heute von den Anhängern des früheren Staatspräsidenten beansprucht und reklamiert. Aber in Teilen der Regierungsmehrheit gibt es offensichtlich andere Orientierungen und die Exklusivität der deutsch-französischen Beziehungen wird nicht mehr so gesehen. Es bleibt trotzdem dabei: die deutsch-französische „Achse“ ist eine zentrale Achse. Ohne sie ist überhaupt nicht vorstellbar, wie man in Europa weiterkommen soll. Aber ein Überdenken und ein Hinterfragen der bisherigen deutsch-französischen Politik ist notwendig. Man kann nicht die deutsch-französischen Beziehungen weiterentwickeln auf der Grundlage, wie sie nach dem Elysée-Vertrag vorhanden waren.

Wer regiert Amerika?

Wandlungen im politischen System der USA

Vielfältig haben die Amerikaner Deutschland in den letzten 50 Jahren beeinflußt: einst als Besatzungsmacht, später als Partner und Freunde. Der demokratische und wirtschaftliche Wiederaufbau verdankt Ihnen wichtige Impulse. Frühzeitige Austauschprogramme haben Kultur und Wissenschaft bereichert und persönliche Begegnungen ermöglicht. Gleichwohl gibt es auf beiden Seiten des Atlantik Wissenschafts- und Verständnisdefizite. Bei einer Studientagung zusammen mit dem Bayerischen Rundfunk wurden am 9. November 1995 Themen aufgegriffen, die für das geschichtliche und aktuelle Verständnis einer zukunftswichtigen Partnerschaft zentrale Bedeutung besitzen: Wie war es in der Nachkriegszeit? Wie sehen sich Deutsche und Amerikaner? Was ist so besonders an Politik und Gesellschaft der USA?

Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter sprach zu dem Thema „Wer regiert Amerika? - Wandlungen im politischen System der USA“:

Die amerikanische Verfassung sieht eine Konfrontation von Legislative und Exekutive, von Congress und Präsident vor. Beide besitzen eigenständige demokratische Legitimation durch je eigene Wahlen. Das europäische parlamentarische Regierungssystem - Großbritannien, Deutschland - , in welchem Mehrheitsfraktion und Regierung zu Aktions- und Funktionseinheit verschmelzen, kennt demgegenüber geschmeidigere Willensbildungsprozesse. Die Machtfrage ist gelöst. In Amerika ist sie rechtlich offen geblieben, da die Institutionen konkurrieren. In England blickte Walter Bagehot schon vor 100 Jahren skeptisch auf dieses Arrangement, Stillstand und Blockierungen befürchtend. Wie bringt man ein solches System zum Funktionieren, wenn die Schmierseife der Parteibindung nicht zur Verfügung steht, die die Scharniere ineinander greifen läßt? Parteien als Gesinnungs- und Kampfgemeinschaften kennen die USA nicht. Parteiregierung oder Fraktionsparlamentarismus gibt es ebensowenig. Doch es gibt politische Nähe, die als Kern der auch dort nötigen

Mehrheitsbildung bezeichnet werden kann. Doch gerade die letzten Jahrzehnte sind dadurch gekennzeichnet, daß selbst diese Nähe fehlt, weil Capitol und Weißes Haus unterschiedlich parteilich eingefärbt sind. Einflußreiche Interpreten



Akademiedirektor
Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

beklagen „divided government“ und „gridlock“, also Abschottungstendenzen der Institutionen. Vielen gilt „divided government“ als Ursache allen Übels an Führungs- und Entscheidungsschwäche. Mit den Wahlen 1992 sahen sie neue Perspektiven des Regierens „beyond gridlock“ zurückgewonnen für die Clinton-Jahre und danach. Die Hoffnung wähnte nur bis zur neuen republikanischen Mehrheit auf Capitol Hill und bis Newt Gingrich. Ob die Verfassungsväter solche Schwächen wollten, mag offen bleiben. Sicher haben sie den heutigen Entscheidungsbedarf der Politik nicht vorhergesehen. Doch wahr ist, daß allzu geschmeidiges Regieren nicht in ihrem Interesse lag. Deswegen definieren sie die Grenzen zwischen Congress und Präsident ungenau und fließend und überlassen damit die Beantwortung der Machtfrage dem politischen Kräftefeld, damit aber auch dem historischen Wandel. So können zur rechten Zeit beide Thesen

richtig sein: die der Übermacht des Präsidenten wie die von seiner relativen Begrenzung.

Geschmeidige Regierbarkeit lag, wie bereits angedeutet, außerhalb der Intentionen der Verfassungsväter. Übermäßige Autorität und Macht wollten sie verhindern, Macht durch Gegenmacht begrenzen und konkurrierende Legitimitäten schaffen. In diesem politischen Sinne handelt es sich in der Tat nicht um ein „presidential“, sondern um ein „separated system“. Zugespitzt ausgedrückt geht es der Verfassung nicht um eine Zusammenfassung der Macht der unterschiedlichen Institutionen durch eine in allem dominierende Mehrheitspartei, sondern eher um die Verhinderung geballter Mehrheitsmacht. Im Federalist gibt Madison genau dies zu erkennen. Daraus entsteht das Modell einer Art Verhandlungsdemokratie zwischen unterschiedlichen Machtzentren. Durch getrennte Wahlen genießen sie eigenständige Legitimität. Und durch die getrennten Wahlen ist es auch möglich oder sogar wahrscheinlich, daß in den Institutionen unterschiedliche Mehrheiten gebildet werden. Die amerikanischen politischen Parteien sind zu schwach, um diese strukturellen Bedingungen zu überwinden. Das Ergebnis ist ein Autoritäten-Mix, den Richard Neustadt in seine berühmte Formel gefaßt hat: „separated institutions sharing powers“, getrennte Institutionen, die sich die Macht teilen. Um diese Kompetenzen, die sie sich teilen, streiten sie auch.

Mit dieser Sicherheit ist man der Verfassung und der Realität näher. Immerhin war die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu mehr als 60% gekennzeichnet durch konkurrierende Macht- und Mehrheitsverhältnisse in den Institutionen. Dafür, wie Demokraten und Republikaner über das Weiße Haus, den Senat und das House of Representatives verfügen, gibt es acht verschiedene Kombinationsmodelle. Gegenwärtig „gehört“ die Präsidentschaft den Demokraten, House und Senat den Republikanern. Die jüngste Phase, in der alle drei in einer Hand vereinigt waren, erstreckte sich gerade über die Jahre 1993 und 1994. Doch selbst unter der Voraussetzung der Vorherrschaft einer Partei in allen drei Institutionen sprechen diese erfahrungsgemäß nicht mit einer Stimme, weil die Interessen zu verschieden sind. So gibt es, wie Dahl und Lindblom hervorgehoben haben, den repräsentativen Führer einer nationalen Majorität in den USA nicht. James Madison wäre mit der

Wirkweise der Verfassungskonstruktion wohl zufrieden; vielleicht hat er sie sogar vorhergesehen.

Selbst wenn der Präsident am ehesten den Anspruch erheben kann, nationale Politik zu formulieren und zu vertreten, da er an regionale Interessen am wenigsten gebunden ist, variiert seine Rolle substantiell, abhängig von seinen Ressourcen, Vorzügen und von seiner strategischen Position - kurz, abhängig vom politischen Kräftespiel. Wie gut ist das Wahlergebnis? Wie vorteilhaft wird es interpretiert? Wie groß ist die Zahl seiner Anhänger in House und Senat? Über welche Unterstützung verfügt er in der Öffentlichkeit und in den Medien? Kommt ihm die politische Tagesordnung entgegen? Diese Fragen führen zu präziseren Einsichten als jene nach „divided“ oder „united government“.

Lyndon B. Johnson, zu Beginn seiner Amtszeit in einer starken Position, hat später darauf aufmerksam gemacht, daß ein Präsident um die Realisierung seiner Amtsmöglichkeiten erst kämpfen und sein Recht zu Regieren erst durchsetzen müsse. Die Wahl allein genüge nicht. Vertrauen, Gefolgschaft und moralische Untermauerung seiner Macht müßten hinzukommen, sonst werde er bald entdecken, daß er gar keine Macht mehr besäße. Bill Clinton hat auf der anderen Ebene der konkreten Umsetzung von Absichten in der Gesetzgebung auf den Unterschied zwischen programmatischen Ankündigungen, richtigen Entscheidungen und konkreter Durchsetzung aufmerksam gemacht.

Drei Modelle der Regierungsmacht

Es ist wohl zutreffend, das Regieren in den USA als Machtkampf zu beschreiben, für den die Verfassung Regeln und Rahmenbedingungen vorsieht, der aber in seinem Ablauf und seinen Ergebnissen ganz erheblich von der aktuellen Kraft und Kondition der Akteure bestimmt wird. Von daher lassen sich drei Modelle der Regierungsmacht unterscheiden: presidential government bei Positionsvorteilen im Weißen Haus; congressional government, wenn das Weiße Haus schwach besetzt und Führungskompetenz am Capitol zu finden ist; schließlich balanced government bei mehr oder weniger gleich verteilten Vorzügen an bei-

den Enden von Pennsylvania-Avenue. Im ganzen scheint das dritte Modell das realistischste zu sein. Deswegen Präsident und Congress gleich auf ein Handeln im Tandem verpflichten zu wollen (Mark Peterson), erscheint mir als allzu harmonisierende Interpretation. Die Konflikte, die Ungewißheiten, die diffuse Verantwortlichkeit und die Vielfältigkeit politischer Repräsentation, kurz das konkurrierende Moment widersprechen einer ausbalancierten Regierungsweise nicht. Sie sind vielleicht sogar ihr Salz. Dieses Salz kann einen parteilichen Beigeschmack haben, wenn z.B. ein demokratischer Präsident gegen einen republikanischen Congress steht. Doch es kann sich ganz einfach auch um institutionelle Konflikte handeln, die aus der unterschiedlichen

Interessenlage von Congress und Präsident entstehen. Bekannt ist auch die These Wildavskys, es gäbe quasi politikfeld-abhängig in der Person des einen Präsidenten zwei Präsidentschaften: eine innenpolitische und eine außen- und verteidigungspolitische, wobei seit dem Zweiten Weltkrieg die Präsidenten wesentlich stärkeren Erfolg bei der Kontrolle der Außenpolitik als bei der Durchsetzung der Innopolitik gehabt hätten - eine These, die durch das Schicksal Bushs Nahrung findet, der außenpolitisch hohe Zustimmung genoß, aber die 92er Wahl verlor, weil sie von innenpolitischen Themen beherrscht war, für die er als weniger kompetent erachtet wurde. Auch diese two presidencies wären ein Element der Machtbalance.

Amerika und die Demokratiegründung in Bayern

Wäre ohne die Amerikaner alles anders gekommen?

Von Dr. Hans Woller, Institut für
Zeitgeschichte München

Daß die Schaffung demokratischer Verhältnisse in Deutschland für die Amerikaner tatsächlich oberste Priorität hatte, zeigte sich vom ersten Tag der Besatzung an: bei der Einsetzung einer neuen politischen und administrativen Klasse, von der nach ihrer Vergangenheit angenommen werden durfte, daß sie demokratisch gesinnt war, bei der frühen Anberaumung von Wahlen und nicht zuletzt bei der raschen Inangriffnahme der Arbeiten an neuen Länderverfassungen, die in Bayern bekanntlich schon im Dezember 1946 zum Abschluß gebracht werden konnten. Wäre ohne die Amerikaner also alles ganz anders gekommen? Hätten ohne die Besatzungsmacht bald wieder radikale und autoritäre Strömungen die Oberhand gewonnen? Nein, der Erfolg des demokratischen Experiments von 1945 wie überhaupt die Erfolgsgeschichte der zweiten deutschen Republik haben auch damit zu tun, daß sich in der deutschen Gesellschaft vor allem im Krieg ein tiefgreifender Gesinnungswandel vollzogen hatte. „Das deutsche Volk“, so hat Thomas Mann damals hellsehig bemerkt, „macht (gegenwärtig) eine harte ... nicht unverdiente Schule durch, und eines lernt es

bestimmt in ihr, hat es schon, wenn nicht alle Zeichen trügen, gelernt: Was Freiheit ist“.

Wer 1945 oder 1946 durch das verwüstete Deutschland fuhr, der erlebte tatsächlich Menschen, die mit den regimefrommen, fanatisierten Massen von 1938 oder 1940 nicht mehr identisch waren. Nach der jahrelangen Anstrengung für große vaterländische Ziele stand kaum noch jemandem der Sinn nach nationaler Großartigkeit. Die Menschen waren nicht apathisch oder unpolitisch geworden, wie man oft hören und lesen kann, aber skeptischer und nicht mehr so leicht verführbar. Die Deutschen, so schrieb damals eine bayerische Tageszeitung, haben nach den gemachten Erfahrungen gelernt, genau abzuwagen, sie sind für Propaganda wenig empfänglich.

Ich will Ihnen selbstverständlich nicht einreden, daß sich im besetzten Deutschland hunderttausend-, ja Millionenfach wiederholte, was sich vor langer Zeit auf der Straße nach Damaskus zugetragen hat, nämlich die wunderbare Verwandlung des Saulus zum Paulus. Natürlich gab es sie noch: die verbohrten Fanatiker, die zynischen Partefunktionäre und die biederer Mitläufer, die nach kurzem Katzenjammer gleich wieder mitgelaufen wären. Die deutsche Geschichte nach

1945 hat ja nicht ganz zufällig auch düstere, eng beschriebene Kapitel, die von fortwirkenden autoritären Denkweisen und rassistischen Vorurteilen handeln und damit dokumentieren, wie tief sich der Nationalsozialismus in manche Gemüter gesenkt hatte. Alles in allem aber gilt für die Zeit nach 1945 doch: Viele Deutsche ließen sich den mörderischen Wahnsinn des Nationalsozialismus eine Lehre sein; sie dachten um und gingen geläutert aus der Katastrophe des Dritten Reiches hervor.

Ich will damit sagen: Die in der deutschen Gesellschaft steckenden demokratischen Energien hätten sich 1945 auch ohne amerikanische Geburthilfe durchgesetzt. Aber - und dieses aber kann nicht dick genug unterstrichen werden: Der Demokratisierungsprozeß wäre erst später in Gang gesetzt worden - man denke nur an die Empfehlungen eines Wilhelm Hoegner, eines Fritz Schäffer oder eines Josef Müller, erst vier, fünf Jahre nach Kriegsende wählen zu lassen, weil die Deutschen noch nicht reif seien dafür -, und der Demokratisierungsprozeß wäre gewiß nicht so gradlinig verlaufen, weil viele deutsche Politiker nach der Weimarer Erfahrung mit Parteienhader, parlamentarischer Selbstlärmung und staatlicher Zersetzung zu einem Konzept der „wehrhaften Demokratie“ gefunden hatten, das so viele autoritäre Beimengungen enthielt, daß der Demokratisierungsprozeß selbst in Gefahr zu geraten drohte. Stellvertretend für viele andere Beispiele seien hier nur der Vorstoß des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Reinhold Maier, einen Rundfunk unter der Kontrolle seiner eigenen Staatskanzlei zu schaffen, und die Initiative seines bayerischen Kollegen Wilhelm Hoegner genannt, der 1945 ein Gesetz zum Schutze des bayerischen Staates entwarf, das „ziemlich alles“ enthielt, „was obrigkeitliche Tradition“ bis dahin hervorgebracht hatte: vorbeugende Polizeiaufschluß für Berufslose auf unbestimmte Zeit ebenso wie Beschränkungen der Meinungsfreiheit zugunsten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Amerikanische Offiziere haben diese, wie viele andere, ebenso gutgemeinte wie gefährliche Torheiten verhindert und damit entscheidend dazu beigetragen, daß sich mit freier Presse und freiem Rundfunk ein demokratisches System nach westlichem Vorbild entfalten konnte, das nicht nur mit dem ängstlichen Blick zurück, sondern mit dem zuversichtlichen

Blick nach vorne konzipiert war. Die historische Forschung hat diese „Demokratie-Förderungsprogramme“ bisher noch nicht genügend beachtet. Wir wissen nur, daß es 1950 zwei Dutzend Amerika-Häuser und 122 amerikanische „Reading Rooms“ gab, daß seit 1948 jährlich mehr als 1500 Schüler und Studenten in die Vereinigten Staaten reisen durften und daß im Rahmen eines deutsch-amerikanischen Austauschprogramms einige tausend Experten aus allen möglichen Berufszweigen, Journalisten, Gewerkschaftsfunktionäre, Landwirte und Hausfrauen, die Chance erhielten, „to see democracy at work in the United States“. Was haben solche Bildungsreisen bewirkt und was haben insbesondere auch die sogenannten Kreis Resident Officers auszurichten vermocht, die zwischen 1949 und 1952 in fast allen Städten und Landkreisen der ehemaligen amerikanischen Zone tätig waren und deren Hauptaufgabe darin bestand, die Demokratisierung der deutschen Gesellschaft voranzutreiben und Tugenden wie Zivilcourage und staatsbürgerlichen Verantwortungssinn zu wecken? Allein in Bayern gab es etwa 90 solcher „grass-roots“-Botschaf-

ter, die je nach Temperament und Befähigung beträchtliche Aktivitäten in ihren Landkreisen entfalteten: Sie organisierten Bürgervereinigungen und riefen Bürgerversammlungen ins Leben, sie bauten Diskussionsgruppen, Bibliotheken und Lesezirkel auf und schufen deutsch-amerikanische Begegnungsclubs, sie förderten Jugendgruppen und kümmerten sich insbesondere auch um die Frauen, denen in manchen Kreisen sogar eigene amerikanische Frauenbeauftragte auf die demokratischen Sprünge helfen sollten.

Viele dieser ganz unspektakulären Aktivitäten von oft nur lokaler Bedeutung sind nach dem Rückzug der Kreis Resident Officers 1952 rasch eingeschlafen und dann schnell der Vergessenheit anheimgefallen - ganz zu Unrecht, wie ich meine, denn die Amerikaner spornten damit viele Menschen an, sich ihrer staatsbürgerlichen Rechte bewußt zu werden und die Dinge in ihren Städten und Kreisen als die ihren zu betrachten und selbst in die Hand zu nehmen. Es handelte sich dabei, so könnte man zugespitzt sagen, um eine Art Grundschule in Sachen Demokratie, die viele Deutsche wohl wirklich mit Erfolg absolvierten.

Religion in Amerika

Freie Konkurrenz der Religionen

Von Prof. Dr. Michael Zöller,
Universität Bayreuth

Die amerikanische Revolution hatte - anders als die französische - nie einen anti-religiösen Charakter. Im Ergebnis beseitigte sie freilich die regionalen staatskirchlichen Monopole, also die Vorzugsstellung, die etwa die Congregationalisten in Neuengland oder die Anglikaner in Virginia besessen hatten. Um diese Wettbewerbsgleichheit der Religionen und um sonst nichts ging es damals, weshalb in der Unabhängigkeitserklärung wie in der Verfassung ganz selbstverständlich vorausgesetzt wird, daß Amerika ein religiöses Land sei, in dem aber eine freie Konkurrenz der Religionen herrschen solle. Die einzige staatskirchenrechtliche Bestimmung der Verfassung, der berühmte erste Verfassungszusatz, verbietet es daher dem Kongress, durch irgendeine gesetzliche Maßnahme eine der Religionen so zu bevorzugen, wie dies bislang in verschiedenen Staaten der Fall gewe-

sen war. Der Kongress dürfe keine Religion etablieren und die freie Ausübung aller Religionen nicht behindern. Durch diese beiden Begriffe, nämlich „no-establishment“ einerseits und „free-exercise“ andererseits, wurde genau jene nie beendbare Auseinandersetzung eingeführt, die wir in der gegenwärtigen deutschen verfassungspolitischen Diskussion mehr schlecht als recht mit dem Gegensatz von positiver und negativer Religionsfreiheit umschreiben. ... Innerhalb des Protestantismus haben Individualisierung und Freiwilligkeit zu immer weiterer organisatorischer Pluralisierung geführt, weshalb heute schon über dreihundert protestantische Denominationen gezählt werden.

In einer inklusiven Kultur, in der es wie gesagt wichtig ist, dazuzugehören, ist es leicht, von einer Religionsgemeinschaft zu einer anderen zu wechseln, wenn man dabei in einem lose definierten Rahmen bleiben kann. Von dieser Möglichkeit, dem sogenannten „Church switching“

haben 35 % derer Gebrauch gemacht, die sich gegenwärtig als Protestanten bezeichnen, d.h. sie gehören nicht mehr derjenigen Richtung an, in die sie hineingeboren wurden. Ist die eigene Kirche zu liberal, zu konservativ, zu phantasielos, so kann man umsteigen, statt gleich auszusteigen.

Angebote für jede religiöse Nachfrage

Dieser weit diversifizierte protestantische Binnenmarkt, in dem fast jede religiöse Nachfrage auf ein entsprechendes Angebot stößt, verweist jedoch auf einige ökonomische Realitäten, die der unendlichen Pluralisierung Grenzen setzen. In einem freiwillig organisierten und durch freiwillige Beiträge finanzierten System bildet sich nicht nur ein religiöser Immobilien- und Arbeitsmarkt, sondern es wird auch schmerzlich spürbar, daß es so etwas wie eine optimale Gemeindegröße gibt. Eine soeben sozial arrivierte Gemeinde, die aus der zweiten und dritten Generation von Einwandererfamilien besteht, tauscht zum Beispiel ihre Holzkirche gegen ein solideres Kirchengebäude in besserer Lage. Die Holzkirche wird von einer Gruppe charismatisch-orientierter jüngerer Familien erworben, die sich gerade von einer schon länger etablierten Gemeinde gelöst haben. So sank die Durchschnittsgröße einer Kirchengemeinde in den vergangenen 20 Jahren von etwa 900 auf 500 Familien. Die neue charismatische Gemeinde liegt noch weit unter dieser Größe und kann sich zunächst noch keinen Pastor leisten, während die Gemeinde, von der sie sich gelöst hat, erfahren muß, daß eine geringere Zahl von Mitgliedern die wachsenden Kosten für Personal und Gebäudeunterhalt tragen muß.

Es überrascht nicht, daß all dies bei den Katholiken anders aussieht, denn in der katholischen Kirche führt die religiöse Individualisierung nicht unmittelbar zur organisatorischen Pluralisierung. Dort plant der Bischof und so leben die Katholiken lange in einer eigenen Welt und schienen dem Anpassungs- und Vereinheitlichungsdruck der amerikanischen Kultur zu widerstehen. Der amerikanische Katholizismus war nämlich lange Zeit noch mit einem wirksamen Gengift versehen. Als Gemeinschaft von Minderheiten, die sich erst noch ihren Platz in der Gesellschaft erkämpfen woll-

ten, profitierte die Kirche davon, daß Loyalität zur Kultur der alten Heimat und Anhänglichkeit an traditionelle Kirchlichkeit in eins fielen. Außerdem hatte auch Amerika seinen Kulturkampf und die feindselige Reaktion des amerikanischen Protestantismus hat den Zusammenhalt der Katholiken erheblich gefördert, ja zum Teil erst erzeugt. Der amerikanische Protestantismus fand in antikatholischer Kulturpropaganda eines der letzten Elemente der Gemeinsamkeit und die Katholiken ihrerseits übertrugen ihre Loyalität von der ethnischen Herkunftsgruppe auf die nächst allgemeinere und abstraktere soziale Identität, nämlich auf die katholische Solidargemeinschaft, was ein wesentlicher Schritt zur Eingliederung war. Außerdem lernten sie, ebenso wie die Juden, Religion als Vehikel sozialer, ökonomischer und politischer Interessen zu nutzen. Der Versuch, bestimmte Religionen für unamerikanisch zu erklären, war ja auch auf Dauer trotz aller Bemühungen prominenter Theologen und anderer Intellektueller zum Scheitern verurteilt, denn die jüdischen und katholischen Einwanderer konnten Amerika beim Wort nehmen, indem sie daran erinnerten, daß nichts amerikanischer sei als die Religion als solche - und so ist es immer mit Amerika, gegen seine Beschränktheiten kann man sich auf seine Prinzipien berufen.

Heute nun macht sich auch bei den Katholiken mehr und mehr das individualisierte und pragmatische Verständnis von Religion bemerkbar. Religion empfiehlt sich weniger durch die Lehren, die sie verkündet, als durch die Dienste, die sie leistet. Man schätzt Religion, nicht aber Theologie, man betont Gemeinschaft und tut sich schwer mit Kirche, man erwartet, daß die Bischöfe zu wichtigen Fragen Stellung nehmen und ist irritiert, wenn sie nicht nur die Politiker belehren, sondern Forderungen an die eigene Lebensführung richten, man ist gerne bereit,

den gegenwärtigen Papst zum Mann des Jahres zu wählen und betrachtet ihn gewissermaßen als den Mannschaftskapitän, aber das heißt noch lange nicht, daß man gewillt ist, nach seinen Regeln zu spielen.

Drei Kennzeichen der amerikanischen Religion

So gibt es auch bei den Betrachtern der amerikanischen religiösen Szene eine weitreichende Übereinstimmung. Ganz unabhängig von der jeweiligen religiösen Zugehörigkeit und politischen Neigung, werden vor allem drei Kennzeichen der amerikanischen Religion hervorgehoben. Erstens ist sie eher diesseits orientiert als auf das Jenseits gerichtet, sie verschiebt den Akzent immer mehr von der Selbstheilung der Gemeinde oder des einzelnen auf die Lösung von Problemen, seien es Probleme der Gesellschaft oder solche der individuellen Lebensbewältigung. Das reicht bis zu den Extremen, daß Religion einerseits in sozialem und politischem Aktivismus aufgehen kann und andererseits gelegentlich einen geradezu therapeutischen Charakter annimmt. Damit verbindet sich zweitens der unintellektuelle und anti-intellektuelle Charakter dieser Religiosität, der zur Ausdörrung der Theologie führt. So beklagt etwa der Harvard-Theologe Langdon Gilkey, wenn es kreative amerikanische Theologen gegeben habe, dann seien es Ethiker gewesen. Schließlich ein drittes Kennzeichen, in dem Individualismus, Pragmatismus und Anti-Intellektualismus sich bündeln und in dem die Nähe dieses Religionsverständnisses zu dem traditionellen amerikanischen Populismus noch deutlicher wird: Das mangelnde Verständnis für Institutionen, das bis zu einer aggressiven Institutionenfeindlichkeit reicht.

Nachrichten aus der Akademie

Jubiläen 1995

Im Kollegium feierten im vergangenen Jahr Gebhard Diemer und Hans Friedrich 30 Jahre Zugehörigkeit zur Akademie.

Jürgen Maruhn gehört seit 25 Jahren dem Kollegium an.

Klaus Grosch und Karl-Heinz Willen-

borg sind jeweils seit 20 Jahren dabei. Peter Hampe gehört seit 15 Jahren dem Kollegium an.

Hans Kratzer ist nun 15 Jahre Hausmeister der Akademie.

Seit 5 Jahren ist Lydia Lettenbauer im hauswirtschaftlichen Bereich tätig.

Pressesplitter

Über „Armut - Soziale Wirklichkeit in einem reichen Land?“ diskutierten am 13. September 1995 die Teilnehmer einer Tagung, die in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit und dem Landesbezirk Bayern des Deutschen Gewerkschaftsbundes organisiert wurde.

Über die Tagung berichtete in der *NZ Nürnberger Zeitung* vom 16.9.95 Siegfried Aigner unter dem Titel „Ist im reichen Deutschland die Armut soziale Wirklichkeit?“:

„Nach sieben Stunden sachlicher Diskussion das Fazit: Armut ist ein relativer Begriff und ist objektiv nicht fassbar. ... Für Barbara Stamm ist Armut, weltweit gesehen, weiblich. Zurückzuführen ist das auf die ungleiche Verteilung von Arbeit. Familienarbeit werde nicht bezahlt und bedeute oft den Verzicht auf qualifizierte Erwerbstätigkeit und damit auf angemessene Entlohnung und eine eigene Alterssicherung.“

„... Vorbeugende Armutspolitik sei notwendig. Die Reparaturen müssten, so Schösser, bald erfolgen. Dies betreffe vor allem die Arbeitslosenversicherung. Hier gehe es um eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Einig war man sich schließlich: Arm ist nicht nur der, der wenig Geld hat. Vielmehr trifft es die Langzeitarbeitslosen. Die „Neue Armut“, von der Heiner Geißler gerne spricht, wurde einem ins Gedächtnis zurückgerufen.“

Im *Münchener Merkur* stand am 14.9.1995: „Eine Lanze für das deutsche Sozialhilfesystem brach die bayerische Sozialministerin Barbara Stamm bei einem Besuch in Tutzing. Die Sozialhilfe leiste erfolgreich Hilfe zur Selbsthilfe und habe sich als Instrument zur Bekämpfung von Armut bewährt, sagte Stamm. ... Mit Nachdruck wies die Ministerin die These vom unaufhaltsamen Weg in die sogenannte Zweidrittel-Gesellschaft zurück. „Sozialhilfestatistiken zur Messung der Armutsentwicklung sind untauglich“, so Stamm. Wichtigster Auslösefaktor für Sozialhilfebedürftigkeit sei immer noch die Arbeitslosigkeit. Die Förderung der Beschäftigung

und Integration ins Arbeitsleben werde daher wesentlicher Schwerpunkt der bayerischen Politik bleiben, kündigte die Ministerin an.“

Im *Straublinger Tagblatt* stand am 14.9.1995: „Steigender Sozialhilfebedarf ist kein Anzeichen für wachsende Armut, erklärte Sozialministerin Barbara Stamm am Mittwoch in Tutzing bei einer Fachtagung zum Thema „Armut - soziale Wirklichkeit in einem reichen Land“. Sie wies die These von einem



Fritz Schösser, Barbara Stamm

„unaufhaltsamen Weg in die Zweidrittel-Gesellschaft“ als falsch zurück. Jüngste Studien hätten ergeben, daß die meisten Sozialhilfeempfänger nach relativ kurzer Zeit wieder unabhängig von den staatlichen Geldern werden.“

In der *Süddeutschen Zeitung* vom 14.9.1995 schrieb Christian Schneider unter der Überschrift „Gewerkschaft und Sozialministerium vereinbaren gemeinsame Studie - Der Armut im Lande auf der Spur“:

„In Bayern wird es künftig in regelmäßigen Abständen einen amtlichen Armutsbereich geben. Darauf haben sich das Sozialministerium und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in Bayern auf einer gemeinsamen Tagung in der Politischen Akademie in Tutzing verständigt. Wann konkret der erste Bericht vorgelegt wird und ob er dann auch wirklich „Armutsbereich“ heißen wird, ist noch offen. „Wir stehen da erst am Anfang“, erklärte DGB-Chef Fritz Schösser. ... Entscheidend sei, daß man so eine Studie überhaupt auf den Weg gebracht habe. „Ohne gesicherte Daten, Fakten und wissenschaftliche Untersuchungen kann man gute Politik nicht auf den Weg bringen“, ergänzte Sozialministerin Barbara Stamm.“

Gesellenstück

Erinnerungen an die Akademiegründung

Von Hans-Jochen Vogel

An die Entstehung der Akademie erinnerte sich Dr. Hans-Jochen Vogel anlässlich der Eröffnung der Tagung „Zwei Diktaturen in Deutschland, eine Erfahrung? - Der antitotalitäre Konsens“ am 3. November 1995

Daß ich hier in diesem Hause zur Eröffnung einer Tagung das Wort ergreife, ruft in mir Jugenderinnerungen wach. Vor fast vierzig Jahren habe ich nämlich in der Bayerischen Staatskanzlei als junger Mitarbeiter Wilhelm Hoegners, des damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten - so etwas gab es einmal in Bayern! -, den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Politischen Akademie ausgearbeitet.

Er beruhte auf den Ergebnissen lebhafter Diskussionen, die Waldemar von Knoeringen angeregt und moderiert hatte und an denen sich unter anderem Hans Nawiasky am Schluß, Alfred Marchionini und Georg Fendt, 1967/47 Bayerischer Kultusminister, und Arnold Bergsträsser seinem Standpunkt gegenüber Georg Fendt besonderen Nachdruck verlieh, indem er ihn an der Krawatte packte und im Rhythmus seiner Argumente hin und her bewegte.

Mich hat das sehr beeindruckt, nachgeahmt habe ich es aber nur ausnahmsweise - zumal im Laufe der Zeit die Zahl meiner Kontrahenten zunahm, die gar keine Krawatten trugen.

Helfer und Zuarbeiter

Der Gesetzentwurf war sozusagen mein Gesellenstück und ich war einigermaßen stolz, als der Bayerische Landtag ihn mit geringen Änderungen verabschiedete. Mit der gebührenden Bescheidenheit darf ich mich folglich zwar nicht den Vätern, aber doch den Helfern und Zuarbeitern der Väter dieser Akademie zurechnen. Das zu verleugnen habe ich um so weniger Grund, als die Akademie zur Zeit ihrer Gründung die erste ihrer Art war und im Laufe der Jahrzehnte die seinerzeitigen Erwartungen in hohem Maße erfüllt hat.

Nachrichten

Kuratorium:

Hans Günter Naumann feierte am 28. Oktober seinen 60. Geburtstag.

Mit Wirkung vom 1. Oktober wurden die Kuratoren Prof. Dr. Hans Maier, Staatsminister a.D., Oberbürgermeister Josef Deimer (MdS), Jakob Deffner, Senator a.D., und Kirchenrat Paul Rieger erneut für weitere sechs Jahre in das Kuratorium der Akademie berufen.

Beirat:

Aus dem Beirat ausgeschieden ist Prof. Dr. Dieter Grosser. Die Akademie dankt Herrn Prof. Grosser für seine Mitarbeit in den vergangenen Jahren.

Direktor:

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter wurde die Medaille für besondere Verdienste um Bayern in einem Vereinten Europa verliehen. Außerdem wurde er in die Jury für den Förderpreis für publizistische Arbeiten zum Föderalismus des Landtags von Rheinland-Pfalz berufen. In den vergangenen Monaten hielt Oberreuter unter anderem Vorträge in Chicago, Wien, Dresden, Bonn, München, Berlin und Passau.

Verwaltung:

Traudl Mertes, Mitarbeiterin im Sekretariat, scheidet zum 31. Dezember 1995 nach dreijähriger Tätigkeit aus.

Illa Bochow verließ bereits zum 30. September 1995 nach 22 Jahren die Akademie, in der sie ebenfalls im Sekretariat tätig war.

Die Akademie dankt Frau Mertes und Frau Bochow für ihren engagierten Einsatz in den vergangenen Jahren.

Die Nachfolge von Frau Bochow hat im Sekretariat Heike Bäuerle angetreten.

Förderkreis:

Dr. Alfred Leclaire, langjähriger Vorsitzender des Förderkreises der Akademie für Politische Bildung e.V., feierte im Dezember sein 25jähriges Dienstjubiläum als Erster Bürgermeister der Gemeinde Tutzing.

Bärbel Bohley in Tutzing Die Frau in Staat und Gesellschaft



Bärbel Bohley, Annemarie Glössel und Ursula Männle (von links).

Mit seiner Tagung „Gestaltung von Mitwirkungsmöglichkeiten der Frauen in Staat und Gesellschaft“ führte der Bayerische Landesfrauenausschuß (BayLFA) seine Zusammenarbeit mit der Akademie fort. In Tutzing trafen sich am 20. und 21. Juni 1995 Teilnehmerinnen aus Bayern und den neuen Bundesländern. ... Die Präsidentin des BayLFA, Annemarie Glössel, wies in ihrer Begrüßung darauf hin, daß der BayLFA schon sehr früh den Kontakt und die Gespräche zu Frauen in den neuen Bundesländern gesucht habe, um Verständnis für die unterschiedlichen und doch gemeinsamen Lebenssituationen zu fördern.

Prof. Ursula Männle, Bayerische Staatsministerin für Bundesangelegenheiten wies darauf hin, daß unter dem Aspekt Schulbildung und beruflicher Bildung die Frage der Ungleichbehandlung von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern zu vernachlässigen sei. Ursula Männle stellte fest, daß die Akzeptanz der Frauen-

erwerbstätigkeit auch in den alten Bundesländern zugenommen hätte, daß allerdings in Führungspositionen doppelt so viele Männer wie Frauen zu finden seien. Eine entscheidende Frage für Frauen sei nach wie vor die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen könne nur durch die Festschreibung in der Verfassung erfolgen, die auch durch verschiedene Gesetze auf Bundes- oder Landesebene unterstützt werden.

Bärbel Bohley stellte die Frage in den Raum, wo die Frauen von vor 1989 geblieben seien. Abschließend stellte Bärbel Bohley fest, daß der Aufbruch von 1989 als Chance in den alten und den neuen Bundesländern zu sehen sei, und daß die Arbeit erst beginne.

(aus: echo / Informat. des BayLFA für seine Mitgliedsverbände Nr. 37, 1.11.1995)

Kollegium:

Auch im Wintersemester 1995/96 sind Gebhard Diemer, M.A. (Katholisch Theologische Hochschule Benediktbeuern), und Dr. Michael Piazolo (Fachhochschule Benediktbeuern) als Lehrbeauftragte tätig. Piazolo bietet eine Veranstaltung zum Thema „Aktuelle Probleme der Internationalen Politik“ an, Diemer hält eine

Vorlesung „Christliche Soziallehre I - die Prinzipien, Kirche und Politik“ und ein Seminar „Probleme und Aufgaben der Kirchen in Mittel/Osteuropa“.

Im Rahmen eines Lehrauftrages der Hochschule für Politik hält Dr. Peter Hampe die Vorlesung „Arbeitsmarktpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft“, Dr. Michael Piazolo hält einen Grundkurs zum Thema „Europäische Union“ im Wintersemester 1995/96.

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Hans Maler
Staatsminister a.D.
Melchelbeckstr. 6 - 81545 München

Vorsitzender des Beirats:

Direktor Hermann Kumpfmüller
Bayer. Volkshochschulverband
Fäustlestraße 5 - 80339 München

Kollegium:

Gebhard Diemer, M.A., Dozent
Internat. Politik, Pol. Ideengeschichte

Hans Friedrich, Dozent
Geschichte, Kommunikation, Politik

Klaus Grosch
Pol. Landeskunde, Randgruppenproblematik, Migrationsfragen

Dr. Peter Hampe, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Jürgen Maruhn, Dipl. Volksw.
Parteien, Extremismus, Wirtschaft, Sicherheitspolitik

Dr. Michael Piazolo
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Jürgen Weber, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl Heinz Willenborg
Umwelt- und Verbraucherpolitik, soziale Schichtung, Zeitgeschichte

Organisationsreferat:
Ursula Paull

Die Akademie wurde durch Gesetz des Bayer. Landtages 1957 als Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung gegründet und wird aus Mitteln des bayerischen Staatshaushaltes unterhalten. Ihr gesetzlicher Auftrag ist, die politische Bildung in Bayern auf überparteilicher Grundlage zu fördern. Sie führt Seminare zur Weiterbildung für Personen durch, die sich ihrerseits mit politischer Bildung befassen oder zur politischen Meinungsbildung beitragen (Multiplikatoren). In Fachkonferenzen werden mit Experten aus Wissenschaft und Praxis politische Probleme analysiert und für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit aufbereitet. Die Akademie bietet darüber hinaus für die Bildungsarbeit und zur politischen Diskussion Materialien in mehreren Schriftenreihen an.

Neue Küche: Guten Appetit

Umbau nach vier Monaten beendet



Die Akademie hat eine neue Küche: Nach vier Monaten Bauzeit wurde das Glanzstück nun fertiggestellt

Seit der Sommerpause 1995 war der Tagungsbetrieb der Akademie stark beeinträchtigt und reduziert, weil die Küche des Hauses gründlich renoviert werden mußte. Mit großem persönlichen Einsatz haben die Mitarbeiterinnen der Hauswirtschaft eine Behelfsküche eingerichtet, mit der über die Hälfte der normalen Versorgungsleistung erbracht werden konnte. Noch vor Jahresende ist der Umbau termingerecht fertiggestellt worden, so daß die Hauswirtschaft der Akademie 1996 wieder die volle Kapazität in gewohnter Qualität bieten kann.

Die Küche unseres Hauses verfügte schon bisher über alle wichtigen Geräte einer modernen Großküche, die Räume befanden sich baulich aber noch im Zustand der Vorkriegs- oder frühen Nachkriegszeit. Wände und Decken waren überzogen von Überputzleitungen für Wasser,

Heizung, Gas und Elektrizität. Es gab zwar einen großen Dunstabzug, Frischluft konnte aber nur durch Fenster oder eine einfache Ventilatorenöffnung zugeführt werden, wofür man in der kälteren Jahreszeit unangenehme Zugluft in Kauf nehmen mußte. Auslöser der Baumaßnahmen war die Tatsache, daß die Boden- und Wandfliesen der Küche dringend erneuert werden mußten.

Die Bau- und Installationsmaßnahmen sind in ständiger Konsultation mit der Landesversicherungsanstalt Oberbayern, Eigentümer der Grundstücke und Gebäude der Akademie, entwickelt und durchgeführt worden. Für die konstruktive Zusammenarbeit und für das in den gegebenen Verhältnissen optimale Ergebnis spricht die Akademie allen Verantwortlichen und Mitwirkenden Dank und Anerkennung aus.

AKADEMIE-REPORT

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 / Postfach 220, 82323 Tutzing
Telefon: 08158 / 256-0, **Telefax:** 08158 / 25614 und 25651

Redaktion: Prof. Dr. Heinrich Oberreuter (verantw.)
Dr. Michael Piazolo
Iris Wimmer

Mitarbeit: Karin Sittkus

Layout: Franz Neumeier

Die Mitteilungen werden kostenlos abgegeben.

Demokratie - Nation - Verfassungspatriotismus

Symposion zu Ehren des 70. Geburtstages von Manfred Hättich

Seinen 70. Geburtstag feierte am 12. Oktober 1995 der Politikwissenschaftler Manfred Hättich. Er war von 1970 bis zu seiner Pensionierung vor zwei Jahren Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und wurde dort mit einem Symposion geehrt. Zum Thema „Demokratie - Nation - Verfassungspatriotismus“ sprechen unter anderem Bernhard Sutor von der Universität Eichstätt und der ehemalige bayerische Kultusminister Hans Maier.

Hättich, gebürtiger Überlinger, konnte sein Theologiestudium nach dem Abitur an einem humanistischen Gymnasium erst im Alter von 22 Jahren beginnen. Krieg und Gefangenschaft verzögerten den Eintritt in die Universität Freiburg. Nach dem Studienabschluß war Hättich Mitarbeiter der UNESCO Deutschland und promovierte nach einem zusätzlichen Studium der Politologie. Auf die Habilitation 1964 folgte der Ruf an die Universität Mainz, 1970 nach München. Dort war Manfred Hättich bis 1993 Professor. (aus: Starnberger Neue Nachrichten, 12.10.95)

Das Symposion zum Thema „Demokratie - Nation - Verfassungspatriotismus“ eröffnete Hättich-Nachfolger Prof. Dr. Heinrich Oberreuter: „Meine erste Begegnung mit Manfred Hättich war 1969 in der Rhön; natürlich bei einer Tagung. Was ich nicht wußte: die Bundeszentrale suchte einen neuen Direktor, dieser wiederum einen persönlichen Referenten. Wir sind dann beide - zum Glück - nicht in diese Positionen eingerückt. Aber wir haben uns damals auf Anhieb gut verstanden: vor mir stand eine durch Lektüre wohlvertraute literarische Größe - und diese Größe war ein nahbarer, humorbegabter Normalmensch. Da es von mir damals noch keine Literatur gab, mußte ich solche Offenheit als außergewöhnlich empfinden.“

Für Hättich prägend sind Nachdenklichkeit, Rationalitätsorientierung und die Fähigkeit, sich nicht vereinnahmen zu lassen.

Die Nachdenklichkeit ist wissenschaftlich professionell gemeint. Man sieht sie geradezu schon aus der Fußnotenarmut sei-

ner Werke, die nicht aus anderen leben, sondern aus der atemberaubenden Fähigkeit, ein Problem tiefgründig analytisch zu umkreisen, seiner Schalen zu entkleiden, es an- und aufzubohren, bis sein Kern sichtbar wird. Es ist eine Gelehrsamkeit, die sich selbst trägt - ich habe nicht gesagt oder gemeint: in sich ruht; sie ruht nämlich nicht. Sie trägt sich selbst ohne eile Selbstgefälligkeit, dem Wesentlichen

Irrationalität nebenbei; zum anderen den geschilderten Hang zur Wissenschaftlichkeit. Dabei ist es mit dem Affektiven bei Hättich ähnlich wie mit den Werten bei Max Weber: Sie werden nicht gelehrt oder tabuisiert. Sie sind durchaus Gegenstand der Analyse, weil sie ja wirklich sind. Sie dürfen nur nicht den Wissenschaftsprozeß und den Bildungsprozeß dominieren oder verfälschen. Zur

Rationalität gehört schließlich auch, mit der Irrationalität zu rechnen und sich mit ihr auseinanderzusetzen. In der politischen Bildung geht es Hättich realistischerweise um nicht mehr als um die Steigerung des Rationalitätsgehaltes politischer Urteile, nicht um Richtigkeit oder Wahrheit. Es geht ihm aber auch um den Konnex von Urteilsbildung und Verhalten. Rationalität ist nur dann gegeben, wenn das Verhalten dem vorliegenden Urteil auch entspricht. Ein Zitat kann ich nicht unterdrücken: „Wenn sich jemand überlegt, ob er nun eine Zigarette rauchen soll oder nicht, und zu dem Ergebnis kommt, daß alles dagegen spricht, er aber dennoch raucht, hat er zwar rational geurteilt, aber nicht rational gehandelt.“ (M. H., Rationalität als Ziel politischer Bildung, S. 24)

Sich nicht vereinnahmen lassen; hinzugefügt sei: obwohl man einen Standpunkt hat. Schreckliche Vereinfachung ist für Hättich schrecklich, oder, schlimmer noch, „lebensfremd“, wie er das Denken „in verabsolutivenden Alternativen“ bezeichnet hat.

Für ihn haben die Dinge zumeist zwei Seiten. Manichäischer Unterscheidung von Gut und Böse ist er abhold. Aber das Wissen um die Ambivalenz aller Erscheinungen ist kein Anlaß, sich aus Öffentlichkeit und Politik stumm zurückzuziehen. Denn wer dies tut, schreibt er, „nimmt dem Teil seiner Überzeugungen, der für das Gemeinwohl nützlich sein könnte, eine Marktröhre“. Das heißt zweierlei: Keiner hat das Gemeinwohl für sich gepachtet und in allen Positionen schlummert potentiell ein Stück Gemeinwohlfähigkeit. Gerade deswegen kann man sich eben nicht vereinnahmen lassen - ebenso wenig aber darf man der Gesellschaft seine Positionen vorenthalten.



Feierte am 12. Oktober 1995 seinen 70. Geburtstag: Prof. Manfred Hättich, ehemaliger Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing

verpflichtet. Ihr Ergebnis sind zumeist knappe Werke - der Tendenz nach fast so knapp wie Reiner Kunzes Lyrik. Vor allem sind diese Werke analytisch und eingenständig. Sie veralten deswegen auch nicht so rasch. Mit Hättichs Typologie politischer Systeme ließ sich auch der Wandel seit 1989 hervorragend und didaktisch eingängig erklären. Epigonen, die auf seinen Schultern stehen, selbstverständlich ohne ihn zu zitieren, finden nicht zu gleicher Klarheit.

Die Rationalitätsorientierung hat wohl zwei Wurzeln: Zum einen die persönliche Erfahrung der emotionalen Verfüzungskraft der NS-Diktatur und ihrer

„Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit“

Der Verfassungspatriotismus - ein überholtes Konzept?

Im Rahmen des Symposions „Demokratie - Nation - Verfassung“ sprach Prof. Dr. Bernhard Sutor (Katholische Universität Eichstätt) über Verfassungspatriotismus:

Person hat Vorrang vor Kultur, Menschenrecht steht über dem Recht der Nation. Aber daraus einen Gegensatz zu konstruieren, verfehlt die soziale Wirklichkeit. Menschliches Personsein entfaltet sich sozial, kulturell und geschichtlich; es ist ohne kulturellen Kontext nicht vorstellbar. Zu den Menschenrechten gehört deshalb das Recht auf kulturelle Entfaltung in den geschichtlich gewachsenen sozialen Bezügen. Der Mensch erlangt seine Freiheit nicht, indem er sich über seine Zugehörigkeit erhebt (Alain Finkielkraut), sondern, so muß man hinzufügen, indem er diese in Freiheit lebt. Im Reden von multikultureller Gesellschaft findet man häufig einen ästhetisch akzentuierten Kulturbegriff. Man hat die gegenseitige Bereicherung in der Begegnung von Kulturen im Blick und über sieht die Probleme und Konflikte.

Kultur Ist „soziale Haut“

Ein soziologisch umfassender Begriff ver steht aber unter Kultur die gesamte soziale und geschichtlich geprägte Umwelt der Menschen, auf die sie in ihrem Lebensvollzug ständig angewiesen sind. Kultur ist gleichsam unsere „soziale Haut“. Wird sie gestört oder gar in Frage gestellt, dann gibt es unvermeidlicher weise Konflikte, zu deren Bewältigung es großer geistiger, sozialer und politischer Anstrengungen bedarf. Solche Konflikte entzünden sich keineswegs nur am Gegensatz etwa zwischen religiösen oder weltanschaulichen Werten, sondern ebenso und oft viel heftiger an Unterschieden in der Lebensweise, in den alltäglichen Sitten und Gewohnheiten. In einer Bundestagsdebatte unterschied Johannes Rau deshalb zutreffend zwischen Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit; erstere müsse man verstehen, und Politik müsse mit dafür sorgen, daß sie nicht zu Fremdenfeindlichkeit werde.

Jeder Staat bildet eine Rechtsgemeinschaft, und diese ist nicht möglich ohne Grenzen. Keine einzelstaatliche Regierung kann, bei aller Verpflichtung auf internationale Kooperation, grenzenlose Verantwortung wahrnehmen. Gerade der attraktive moderne Sozialstaat muß, wenn er funktionsfähig bleiben will, den Zustrom Hilfsbedürftiger begrenzen. Deshalb hat das Staatsvolk bzw. haben seine politischen Organe das Recht, ja sogar die Pflicht, über das Maß an Aufnahme und Einbürgerung von Fremden zu entscheiden; ebenso über Formen und Maß öffentlicher Förderung fremder Kulturen in der eigenen.

Freilich gelten in der Bestimmung dieses Maßes nicht nur die eigenen Interessen, Möglichkeiten und Rechte, sondern auch die Situation, die Interessen und Rechte der betroffenen Fremden einschließlich ihrer unabdingbaren Menschenrechte. Der Konflikt besteht jedoch keineswegs zwischen dem erhabenen Menschenrecht des Fremden und unseren schnöden materiellen Interessen, sondern zwischen Rechten auf beiden Seiten. Die völlige Entgrenzung einer staatlichen Rechtsgemeinschaft ist ebenso unmöglich wie ihre Isolierung.

Kultureller Pluralismus zwischen Gruppen der Gesellschaft ist heute in weitem Maße möglich und unvermeidbar. Wir befinden uns in Öffnungs- und Lernprozessen. Eine multikulturelle Gesellschaft stößt aber an ihre Grenzen, wenn ein Grundkonsens in allgemeinen Wert haltungen in Frage gestellt wird. Ob dieser Grundkonsens stark genug ist, wenn er sich lediglich als „Regelkonsens“ auf die formalen Spielregeln einer Verfassung bezieht, muß bezweifelt werden. Denn die formalen Regeln und die Institutionen des freiheitlichen Verfassungsstaates europäischer Prägung gründen auf der Übereinstimmung der gesellschaftlichen Gruppen auch in gewissen inhaltlichen Wertüberzeugungen.

Die Würde der Person und die Menschenrechte sind mehr als formale Regeln. Offenheit für die Entwicklung einer multikulturellen Gesellschaft darf nicht Menschenrechte, Rechts- und Sozialstaatlichkeit, Demokratie und Toleranz in Frage stellen lassen, auch nicht in den Erziehungs- und Bildungseinrichtungen

unserer Gesellschaft. Insofern ist die Aussage zwar richtig, multikulturelle Gesellschaft sei möglich, wenn nur der Verfassungskonsens gewahrt bleibe. Aber sie enthält eine Reihe von Problemen, die sehr konkrete Gestalt annehmen können. Kultur und Religion sind keineswegs rechtlich und politisch neutral, sie enthalten vielmehr erhebliche Bedeutung für Verständnis, Interpretation und Praxis einer politischen Ordnung.

Es scheint deshalb wenig sinnvoll, multikulturelle Gesellschaft als ein politisches Konzept oder Ziel zu propagieren. Aber Politik muß auf die Probleme multikultureller Gesellschaft vorbereitet sein. In vielerlei Hinsicht entwickelt diese sich angesichts der Weltlage und unserer europäischen Situation von selbst. Deshalb gilt einerseits: Wo immer Fremde aufgenommen werden, aus welchen Gründen auch immer, deren es heute viele gibt, müssen sie in ihren individuellen und sozial-kulturellen Rechten geachtet werden, selbstverständlich im Rahmen der Verfassung. Ferner muß so weit wie irgend möglich soziale Diskriminierung und die Entwicklung einer neuen sozialen Unterschicht vermieden werden. Das bedeutet andererseits: Vom Ausländer, der bei uns bleiben will, ist auch ein gewisses Maß an kultureller Assimilation zu erwarten; ebenso die ihm mögliche Leistung zur Sicherung seines wirtschaftlichen und sozialen Status.

Wo auf dieser Grundlage der Wille von Ausländern deutlich wird, Bürger unseres Staates zu werden, sollten wir diesem Wunsch Rechnung tragen, denn der demokratische Staat ist als Gemeinwesen freier Bürger aktuell eine politische Willensgemeinschaft, auch wenn dieser gemeinsame Wille aus gemeinsamer Geschichte und Kultur lebt. Die mögliche Spannung zwischen der freien politischen Willensgemeinschaft und der geschichtlich gewordenen Kulturgemeinschaft sollte man allerdings nicht hinwegreden. Wir stehen vor der Frage, wie wir als Nation eine offene Bürgergesellschaft werden und sein können. Auf diese Frage gibt der Verfassungspatriotismus eine überzeugendere Antwort als die Beschwörung nationaler Kultur einerseits, die Propagierung der multikulturellen Gesellschaft andererseits.

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei den Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch die staatlichen Haushaltssmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a.D. Gernot Abendt aus Tutzing. Am Beginn der Unterstützung stand 1989 die Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“, und im vergangenen Jahr konnten mit Hilfe des Förderkreises für die Tagung „Demokratie und Nation - Ein deutsches Dilemma“ bedeutende Referenten gewonnen werden. Im Jahr 1995 wurde die Expertentagung „Reaktorsicherheit und Energiepolitik in Osteuropa“ durch projektbezogene Spenden ermöglicht. Zusätzlich wurde in diesem Jahr ein Publikationsprojekt finanziert.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt, den Sie zur Akademie durch den Bezug der Mitteilungen oder die Teilnahme an Tagungen bereits geknüpft haben, zu vertiefen. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt DM 50.— im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51
Bankverbindung: Kreissparkasse Starnberg, Zweigstelle Tutzing, BLZ 700 540 80,
Konto-Nr. 430 592 477

An den
Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung e.V.

82323 Tutzing

BEITRITTSEKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

Den Mitgliedsbeitrag überweise ich

Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung

Name, Vorname:

Titel, Beruf:

Anschrift, Telefon:

Datum, Unterschrift:

Bücher - Neuerscheinungen

Michael Piazolo (Hrsg.): „Kulturelle Identität zwischen Tradition und Modernität - Zur Bedeutung sozio-kultureller Faktoren in der entwicklungs-politischen Zusammenarbeit“

Akademischer Verlag München, 1995



mit dem soziokulturellen Ansatz in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gemeint ist und wie er bisher umgesetzt wurde. Zum anderen geht es darum, der Frage nachzugehen, was unter der soziokulturellen Dimension verstanden werden soll und anhand welcher Kriterien kulturelle Identitäten festgemacht werden können.

Michael Piazolo/Klaus Grosch (Hrsg.): „Festung oder offene Grenzen? Entwicklung des Einwanderungs- und Asylrechts in Deutschland und Europa“

Akademischer Verlag München, 1995



24

Jürgen Weber / Michael Piazolo (Hg.): „Eine Diktatur vor Gericht. Aufarbeitung von SED-Unrecht durch die Justiz“

Akademiebeiträge zur politischen Bildung, herausgegeben von der Akademie für Politische Bildung, Tutzing, Bd. 28. Olzog Verlag, München 1995. 248 Seiten, 32 Mark.

Das Buch vermittelt unverzichtbare Kenntnisse für eine sachliche Diskussion über Notwendigkeit und Grenzen einer justitiellen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.11.1995, Friedrich-Christian Schroeder:



Referate wird hier dadurch vermieden, daß die Beiträge zu einem Gesamtbild geordnet sind und die Verfasser durchgängig für angemessene gerichtliche Aufarbeitung des SED-Unrechts plädieren.

Das Buch bietet einen guten Überblick über die Probleme der justitiellen Aufarbeitung des SED-Unrechts, trägt jedoch das Risiko aller mitten im Lauf der Dinge erscheinenden Publikationen: Fast täglich kann der Interessierte der Tagespresse wichtige neue höchstrichterliche Urteile zu diesen Fragen entnehmen.“

Braunschweiger Zeitung, 5.8.1995, Hartmut Reichardt:

„Das Buch ist zum einen ein klares Plädoyer gegen jede Verjährungs- oder Amnestiedebatte. Noch viele tausend Fälle stehen zur Bearbeitung an, gegen kleine Täter und gegen große Fische wie Alexander Schalck-Golodkowski. Zum anderen enthält es ein vehementes Plädoyer für eine rechtsstaatliche Aufarbeitung der SED-Diktatur. Hier hilft das Buch auch juristischen Laien, eine Leitlinie gegen Ohnmachtsgefühle bei erlittenem oder erfahrenem Unrecht zu finden.“

Heinrich Oberreuter/Jürgen Weber (Hg.): „Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland“

Olzog Verlag, München 1995, 240 Seiten, 32 Mark



In diesem Band wird aufgezeigt, wie der Reformeifer auf alliierter und die Reformbereitschaft auf deutscher Seite ein solides Fundament schufen, auf dem sich die Bundesrepublik Deutschland als demokratischer Staat entwickeln konnte. Auch die Defizite und Unterlassungen, die gescheiterten Reformvorstellungen gehören in diesen Kontext sowie der Blick auf die ganz anders gearteten Konzepte der östlichen Siegermacht, die „ihren“ Deutschen erst 1989 die Etablierung von Rechtsstaat und Demokratie ermöglichte.

Jürgen Weber (Hg.): „Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur“

Sonderausgabe des Bandes 27 der „Akademiebeiträge zur politischen Bildung“ Olzog Verlag, München 1994, 247 Seiten, 32 DM.



Das Buch stellt einen Beitrag zur Geschichte einer vergangenen Diktatur dar, die angesichts aufkeimender Verharmlosungstendenzen etwa durch die PDS mehr denn je zu auführlicher Auseinandersetzung herausfordert.

Deutschland Archiv, Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Nr. 11, Nov 1995, Andreas Fraude:

„Der hier zu besprechende Sammelband zeichnet sich durch die durchgängig kompakte Form der Aufsätze aus, welche allesamt von Autoren verfaßt wurden, die ihre Kompetenz auf den verschiedenen Gebieten der DDR-Forschung schon lange und mehrfach - gerade auch in dieser Zeitschrift - unter Beweis gestellt haben.“